


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND, CHINA UND DIE »NEUE SEIDENSTRASSE«

■ ANALYSE	
Die »Neue Seidenstraße« und Russland: zwischen Geopolitik und Wirtschaft	2
Ivan Zuenko (Außenstelle Ferner Osten der Russischen Akademie der Wissenschaften, Wladiwostok)	
■ ANALYSE	
Diplomatischer Tanz auf dem Eis: China, Russland und die »Arktis-Seidenstraße«	5
Nele Noesselt (Universität Duisburg-Essen)	
■ STATISTIK	
Handelsbeziehungen zwischen Russland und China	9
■ UMFRAGE	
Freunde und Feinde	14
■ DEKODER	
Russland und China: Eine asymmetrische Partnerschaft?	17
Anastasia Vishnevskaya-Mann	
■ DEKODER	
Debattenschau: Wahltag – wer ist der wirkliche Sieger?	20
■ CHRONIK	
1. Juli – 13. September 2019	22

Die »Neue Seidenstraße« und Russland: zwischen Geopolitik und Wirtschaft

Ivan Zuenko (Außenstelle Ferner Osten der Russischen Akademie der Wissenschaften, Wladiwostok)

Zusammenfassung

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren eine Periode einer stetigen Annäherung zwischen Russland und China. Dieser Prozess ist Mitte der 2010er Jahre – angesichts der »Krimkrise«, der Verschlechterung der Beziehungen Russlands zum Westen und des Beginns des chinesischen Integrationsprojektes »*Belt and Road Initiative*« (BRI), in dem Russland eine gute Möglichkeit zur Bewältigung seiner geopolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben erblickte, – intensiver geworden. Die Haltung Moskaus zu Pekings Initiative bleibt positiv, auch wenn Russland in den vergangenen sechs Jahren seit Beginn der BRI nicht jenen Strom an chinesischen Investitionen erhalten hat, mit dem es gerechnet hatte. Bedenkt man jedoch, dass die Qualitätsanforderungen an die Investitionen ursprünglich recht streng waren und die Ziele einer »Beteiligung« an der chinesischen Initiative auf dem Gebiet der Geopolitik und des Aufbaus einer multipolaren Welt lagen, ist die Politik Moskaus hinsichtlich der BRI als effektiv zu bezeichnen.

Einleitung

Die chinesische »Belt and Road Initiative« (BRI; von 2013–2016/17: »One Belt – One Road« – OBOR), die in der Publizistik oft auch als Initiative für eine »Neue Seidenstraße« bezeichnet wird, hat sich in den sechs Jahren ihres Bestehens in ein Synonym für »Außenpolitik der Volksrepublik China im eurasischen Raum« gewandelt. Und ungeachtet des Umstandes, dass eine Reihe von Fachleuten (darunter der Autor dieses Beitrages) durchaus begründete Zweifel äußern, dass die BRI vor allem einen politischen Kurs darstellt und nicht einfach ein philosophisches Konzept oder ein PR-Projekt von Xi Jinping, nimmt die russische Führung (und in deren Gefolge ein großer Teil der Experten) die »Neue Seidenstraße« ziemlich ernst. Belege hierfür sind etwa die gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen Russland und China über eine »Verknüpfung« von Eurasischer Wirtschaftsunion (EAWU) und dem »*Silk Road Economic Belt*« (dt. in etwa: »Wirtschaftsgürtel Seidenstraße«), die im Mai 2015 unterzeichnet wurde, die Teilnahme Wladimir Putins an zwei Seidenstraßen-Foren 2017 und 2019 in Peking sowie eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten und Analysen zu dieser chinesischen Initiative.

Geopolitische und wirtschaftliche Möglichkeiten

Die Wahrnehmung der BRI in Russland weist einige Besonderheiten auf, da sie sich nicht allein auf die Wirtschaft und eine wirtschaftliche Integration beschränkt. Kennzeichnend für Russland ist eine sehr große Aufmerksamkeit vor allem für geopolitische Aspekte. Die chinesische Initiative wird somit in dem Kontext eines vermeintlichen chinesischen Strebens nach wirtschaftlicher, kultureller oder sogar militärischer Kontrolle über

die Mitte des eurasischen Kontinents wahrgenommen. Die BRI wird somit als eine neue geopolitische Realität aufgefasst, die von Russland als Großmacht eine optimale Reaktion erfordert.

Die geopolitischen Weltbilder unterscheiden sich bei den Experten, je nachdem, welche ideologische Schule sie repräsentieren. Das schafft gewisse Komplikationen, wenn es darum geht, den Mainstream im aktuellen Diskurs in Russland zu umreißen. Ich wage jedoch zu behaupten, dass die gegenwärtige Elite in Russland am ehesten einem geopolitischen Weltbild anhängt, das sich grob mit »neoeurasistisch« umschreiben ließe. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass der Westen beharrlich bestrebt ist, die Hebel zu einer monopolhaften Steuerung der Welt nicht aus der Hand zu geben und den Entstehungsprozess einer polyzentrischen Weltordnung sowie eine Annäherung von Russland und China – zweier Großmächte des Kontinents – zu behindern. In der Regel gehen diese »Neoeurasisten« von unüberbrückbaren Widersprüchen zwischen China und den USA aus und zeigen sich dementsprechend überzeugt, dass die russisch-chinesischen »konstruktiven Beziehungen« die Dominanz der USA aufwiegen können. China erscheint in Russlands Kampf mit der Dominanz des Westens als »natürlicher Verbündeter«. Als Formate der Zusammenarbeit mit China werden unterschiedliche integrative Zusammenschlüsse gesehen: die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), BRICS, eine »Verknüpfung« von EAWU und dem »Wirtschaftsgürtel Seidenstraße«.

Die Bedeutung der geopolitischen Komponente in der russischen Wahrnehmung der BRI hat angesichts der Ereignisse in Russland 2014/15 – der »Krimkrise«, des Einbrechens des Rubelkurses, der Einführung von Sanktionen gegen Russland – zugenommen. Wenn Pekings

Integrationsinitiative vor jener Zeit noch ausschließlich durch das Prisma der Optionen betrachtet werden konnte, wie chinesisches Kapital zur Entwicklung der Infrastruktur zu akquirieren wäre, so wurde die Initiative nach der Angliederung der Krim unweigerlich als ein Instrument im Kontext der globalen Konfrontation mit dem Westen betrachtet. Vor diesem Hintergrund geschah, ideologischen Bedürfnissen folgend, eine Deformierung des Diskurses. Er wurde vom ursprünglichen chinesischen Narrativ losgelöst und wurde zur Artikulierung außenpolitischer Ideologeme eingesetzt, die für Moskau im Kontext seiner Selbstbehauptung als eines der Zentren der Weltordnung und der Wiedererlangung seines Status als »Großmacht« als wichtig erscheinen. Auch wenn es gerade geopolitische Motive waren, die meiner Ansicht nach bei der Entscheidung vom Mai 2015 für eine Beteiligung an der Initiative Pekings an erster Stelle standen, so sollte auch der Faktor Wirtschaft nicht außer Acht gelassen werden.

Schließlich hat sich die russische Haltung zur BRI unter Bedingungen herausgebildet, die für das Land wegen der zunehmenden Wirtschaftskrise nicht einfach waren. Nachdem Russland vor finanziellen Problemen stand und den Zugang zu westlichen Finanzierungsinstrumenten verloren hatte, musste es den Blick unweigerlich nach China richten, von dem sich im Laufe der Jahrzehnte stürmischen Wirtschaftswachstums das Bild eines reichen und großzügigen Nachbarn herausgebildet hatte. Das Vorgehen der chinesischen Seite (Einrichtung des Seidenstraßen-Fonds, die Entwicklung der »Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank« (AIIB), die Vielzahl von Erklärungen von Offiziellen unterschiedlichen Ranges) schienen dies zu bestätigen. Daraus ergaben sich Hoffnungen auf chinesische Investitionen, die den fehlenden Kapitalfluss aus Europa würden ausgleichen oder vollständig ersetzen können.

Russland erwartete Investitionen auf drei Ebenen: 1) bei der Schaffung einer neuen Transport- und Logistikinfrastruktur für eine Verbindung zwischen Europa und Asien, die über Russland führt; 2) chinesische Direktinvestitionen bei der Schaffung von Hightech-Unternehmen; 3) Beteiligung der chinesischen Seite (durch Investitionen, Kredite und Technologien) an der Umsetzung von Projekten im Zusammenhang mit neuen Entwicklungsinstrumenten für den Fernen Osten Russlands (»Freihafen Wladiwostok« und »Gebiete beschleunigter Entwicklung« – russ.: TOR).

Russland ist allerdings – anders als andere postsowjetische Staaten – nicht bereit, die Investitionen zu beliebigen Bedingungen zu empfangen. Russland ist daran interessiert, chinesische Akteure vor allem für Hightech-Produktionen zu gewinnen, zu niedrigen Zinssätzen, möglichst unter Ansiedlung von Technologien und

Produktionen. Auch wenn China Russland wohl eher als Rohstoffquelle und Absatzmarkt für seine Erzeugnisse betrachtet, behaupten Angehörige der russischen Führung (wie auch viele Experten) weiterhin, Ziel der chinesischen Investitionen sei es, neue Standorte für verarbeitende Produktion zu schaffen, die »Rohstoffabhängigkeit« zu verringern und die Logistik-Infrastruktur des Fernen Ostens und des Nördlichen Seewegs (der Nordostpassage) auszubauen.

Als »Flaggschiff-Projekt« des »Wirtschaftsgürtels Seidenstraße« auf russischem Territorium gilt die Eisenbahnstrecke für Hochgeschwindigkeitszüge von Moskau nach Kasan mit der Option einer Verlängerung bis nach Jekaterinburg, Astana und Peking. Dies ist verständlicherweise nicht nur darin begründet, dass im Bereich Hochgeschwindigkeitszüge chinesische Technologien weltweit mit führend sind, sondern auch darin, dass die Eisenbahnverbindung sich gut in jenes Verständnis der Neuen Seidenstraße fügt, das in den Köpfen eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung besteht (»Seidenstraße« – russ.: »Scholkowj put« – wird unweigerlich mit Verkehrswegen – russ.: »Puti soobschtschnija« –, u. a. mit Eisenbahnen assoziiert).

Die Hochgeschwindigkeitsstrecke Moskau–Kasan ist allerdings nicht zu jener aufsehenerregenden Erfolgsgeschichte geworden, die das sich hinziehende Vorspiel bei der russisch-chinesischen Investitionszusammenarbeit hätte von der Stelle bringen können. Bereits im Oktober 2014 war ein Memorandum über eine Zusammenarbeit beim Bau der Strecke Moskau–Kasan unterzeichnet worden. Mit Stand von Mitte 2019 befand sich die Strecke jedoch immer noch in der Projektierungsphase, wobei sich die russische und chinesische Seite nicht auf einen Kompromiss hinsichtlich der Finanzierungsbedingungen und einer Reihe technologischer Fragen einigen können.

Somit war der russische Diskurs zur BRI als Instrument der Wirtschaftsentwicklung mit recht abstrakten Hoffnungen auf Hilfe von außen verbunden, die sich angesichts des außenpolitischen und wirtschaftlichen Kontexts der Jahre 2014–2017 erheblich verstärkt hatten. Ihren Höhepunkt erreichten diese Hoffnungen mit den Vereinbarungen über eine »Verknüpfung« der EAWU mit dem »Wirtschaftsgürtel Seidenstraße« im Mai 2015. Gleichwohl war aus dem Diskurs zur BRI weder vorher noch danach die Vorstellung verschwunden, dass die Initiative eine potentielle Bedrohung für die Interessen Russlands darstelle.

Geopolitische und wirtschaftliche Herausforderungen

Welche Herausforderungen sind nun für Russland erkennbar? Wie auch bei den Möglichkeiten lassen sich

diese in zwei Kategorien unterteilen, in wirtschaftliche und geopolitische.

So war für jene Experten, die den »Wirtschaftsgürtel Seidenstraße« als Verkehrs- und Infrastrukturprojekt betrachten, von Anfang an die Befürchtung kennzeichnend, dass »die Seidenstraße an Russland vorbeiführen« könnte, dass nämlich die transkontinentalen Verkehrskorridore durch die Nachbarstaaten verlaufen könnten, u. a. auf überaus exotischen Routen. Darüber hinaus gibt es Befürchtungen, dass zukünftige chinesische Investitionen zu Lasten einer möglichen Entwicklung Sibiriens und des Fernen Ostens vor allem auf dem Gebiet des europäischen Russland getätigt werden könnten, was zu einem Niedergang der Transsibirischen Eisenbahn und der Baikal-Amur-Magistrale (BAM) führen würde.

Versteht man die BRI in einem weiteren Sinne und sieht in ihr vor allem Möglichkeiten für eine Investitionszusammenarbeit, so ist auch zu berücksichtigen, dass nicht alle chinesischen Investitionen als ein Segen wahrgenommen werden. So schätzen Experten aus Russland die Aussicht auf eine Gewährung »verknüpfter« Kredite, die von der chinesischen Seite losgelöst von einem etwaigen Nutzen für die russische Volkswirtschaft betrieben werden dürfte, kritisch ein.

In der Praxis fordert die chinesische Seite bei den Verhandlungen fast immer bestimmte »staatliche Garantien«. Der Erhalt chinesischer Investitionen gegen derlei Garantien bedeutet, dass der Kreditgeber in dem Fall, dass ein Projekt sich kommerziell nicht lohnt und keinen Gewinn abwirft, die Zeche dennoch nicht wird bezahlen müssen. Hieraus ergibt sich angesichts des Umstands, dass die meisten Infrastrukturprojekte in Russland (aufgrund der niedrigen Bevölkerungszahlen und des geringen Marktvolumens) nicht rentabel sind, dass Russland praktisch mit seinem Geld die außenwirtschaftliche Expansion Chinas und eine Modernisierung der chinesischen Wirtschaft bezahlen würde.

Auch werden die Varianten chinesischer Investitionen, bei denen ein überwiegender Einsatz chinesischer Anlagen und Arbeitskräfte vorgesehen ist, als wenig wünschenswert oder gar absolut inakzeptabel betrachtet.

Die geopolitischen Herausforderungen liegen nach Ansicht von Experten darin begründet, dass die Umsetzung der chinesischen Initiative zu einer Verringerung von Russlands Einfluss in Zentralasien führen würde. Einige Experten in Russland verweisen darauf, dass China in dem Maße, wie es seine Investitionstätigkeit ausbaut, Russland auch aus einer weiteren für das Land strategisch wichtigen Region verdrängt, nämlich aus Osteuropa.

Insgesamt führt die Vorsicht, von der die Haltung Russlands gegenüber den Möglichkeiten und Risiken

durch China geprägt ist, dazu, dass die Balance von pro et contra allenthalben ein Hinauszögern oder eine Sabotage zuvor getroffener Abmachungen bewirkt. Das gilt im Übrigen auch für die chinesische Seite. Ein Faktor hierbei sind die objektiv unterschiedlichen Interessen der beiden Länder.

So würde man in Russland gern großzügige Investitionen Chinas in den Hightech-Bereich bei maximaler Schaffung von Standorten und maximalem Einsatz lokaler Ressourcen sehen. China, dessen Interesse an der Verwirklichung der BRI darin begründet liegt, seine überschüssigen Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte zum Einsatz zu bringen, möchte verständlicherweise das Gegenteil.

Vor diesem Hintergrund erwies es sich für die Führung Russlands als optimal, die Fassade einer »imitierten Integration« zu wahren, und zwar auf föderaler, wie auch auf regionaler Ebene. Dieser Ansatz bedeutet im Wesentlichen, dass die russische Führung es vorzieht, den Wunsch nach Zusammenarbeit und sogar Integration zu artikulieren, diese aber nicht zu forcieren. Grob gesagt, ist es so, dass man die richtigen Worte über wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit wählt, dabei jedoch stets Fallen wittert und sich abzusichern versucht. In einer Reihe von Fällen hat dieser Ansatz höchst effektive Ergebnisse ermöglicht. So wurde etwa die Entscheidung über eine »Verknüpfung« der EAWU mit dem »Wirtschaftsgürtel Seidenstraße« zu einem Symbol, dass Russland die Zeit seiner internationalen Isolation nach der Angliederung der Krim hinter sich lässt, auch unbeschadet des Umstandes, dass sie nicht zu nennenswerten Investitionen führte und im Großen und Ganzen nicht über das Deklarative hinausging.

Schlussfolgerungen

Der Kurs einer »imitierten Integration«, den Moskau gegenüber der chinesischen »Belt and Road Initiative« eingeschlagen hat, ist recht erfolgreich gewesen. So gelang es Russland, höchst wichtige Aufgaben zu bewältigen, um der drohenden internationalen Isolation zu entgehen, ohne sich bei der Verwirklichung der Investitions- und Infrastrukturprojekte zu sehr von China einspannen zu lassen, wie das mit einer Reihe von Ländern geschieht, unter anderem im postsowjetischen Raum (etwa in Tadschikistan). Daher gibt es keinen Grund davon zu sprechen, dass Russland, wenn Peking die BRI verwirklicht, zu dessen Juniorpartner wird. Moskau verfolgt weiterhin eine souveräne Politik, indem es sowohl seine geopolitischen wie auch seine wirtschaftlichen Interessen wahrt.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Informationen über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Ivan Zuenko ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte, Archäologie und die Ethnographie der Völker des Fernen Ostens der Außenstelle Ferner Osten der Russischen Akademie der Wissenschaften in Wladiwostok. Er ist Sinologe und hat sich auf die Politik Chinas in den Staaten des postsowjetischen Raumes spezialisiert. Seine Analysen sind zuletzt in den Zeitschriften »Russia in Global Affairs«, »Rossija i ATR«, »Asija i Afrika sewodnja«, in den Zeitungen »Wedomosti« und »Kommersant« sowie auf der Internetseite des »Moskauer Carnegie-Zentrums« erschienen.

ANALYSE

Diplomatischer Tanz auf dem Eis: China, Russland und die »Arktis-Seidenstraße«

Nele Noesselt (Universität Duisburg-Essen)

Zusammenfassung

2015 erklärten Moskau und Peking, auf eine synergetische Verbindung der von Moskau vorangetriebenen Eurasischen Wirtschaftsunion und der von Xi Jinping seit 2013 offiziell proklamierten »Neuen Seidenstraße« hinarbeiten zu wollen. Seit 2018 ist diese Kooperation mit Pekings »Arktis-Seidenstraße« um eine globale Dimension erweitert worden. Überschattet werden die bilateralen Interaktionsstrukturen durch die Spannungen mit den USA.

Moskau und Peking: Partner oder Konkurrenten?

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China, die Aktualisierung der US-amerikanischen Sicherheitsabkommen mit Chinas Nachbarstaaten, die infolge der Ukraine-Krise gegenüber Russland verhängten internationalen Sanktionen – diese Konstellationen begünstigen den Schulterschluss zwischen den ungleichen Partnern Moskau und Peking. Vor dem Hintergrund der perzipierten neuen Fronten der Weltpolitik haben diese begonnen, ihre strategische Partnerschaft neu auszurichten. Neben bilateralen Interaktionen haben insbesondere transregionale und globale Fragen an Bedeutung gewonnen. Die Koordination ordnungspolitischer Fragen erfolgt neben bilateralen Formaten über multilaterale regionale Foren wie die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) sowie globale Zirkel wie den Zusammenschluss der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika).

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Moskau und Peking erscheint wie ein beständiges Oszillieren zwischen Phasen der intensiven strategischen Kooperation und solchen der Spannungen und offenen Konfrontation. Ursprünglich hatte die VR China die Organisationsprinzipien leninistischer Kaderparteien und die Grundstrukturen des Partei-Staates von der Sowjetunion kopiert, hatte den Marxismus-Leninismus als

Leitideologie festgeschrieben. Mit den Mao-Zedong-Ideen hatte sie jedoch eine Sinisierung des Marxismus vorgenommen und sich mit einem eigenständigen Entwicklungsweg positioniert. Die ideologischen Spannungen zwischen den beiden »sozialistischen« Bruderstaaten spitzten sich in den späten 1950er Jahren zu und erreichten ihren Höhepunkt mit dem sino-sowjetischen Grenzkonflikt am Fluss Ussuri im Jahre 1969. Während der Phase des Kalten Krieges konkurrierten die beiden sozialistischen Systeme regional wie auch international um eine Ausweitung ihrer Machtsphären. Die internationale diplomatische Anerkennung der VR China – die Übertragung des ständigen Sitzes »Chinas« im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erfolgte 1971 – und die Annäherung zwischen Washington und Peking unter Nixon eröffneten der VR China neue Verhandlungsoptionen. Moskau gab seinen Konfrontationskurs auf und signalisierte Dialogbereitschaft. Die Gefahr einer unmittelbaren Eskalation der sino-sowjetischen Spannungen schien gebannt.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion folgte eine Neuauflage und Neudefinition der Beziehungen zwischen Moskau und Peking. 1996 erreichten die bilateralen Beziehungen den Status einer »strategischen Partnerschaft«; 2001 wurde ein neuer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Die Regelung offener Grenzfragen wurde begleitet von neuen Abkommen und Formaten der inter-

regionalen Kooperation. Russland, die VR China sowie die zwischen diesen gelegenen zentralasiatischen Staaten schlossen sich 1996 als »Shanghai Fünf« zusammen. 2001 ging aus dieser die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit hervor. Ursprünglich auf die Lösung und Koordination von Problemen und Konflikten in der Region Zentralasien ausgerichtet, hat dieses Bündnis seinen Aktionsraum mit der Aufnahme Indiens und Pakistans auf Süd(ost)asien ausgeweitet.

Offene Spannungen und Konkurrenzsituationen zwischen Moskau und Peking sollen durch diese regionalen Bündnisse und bilateralen Dialogformate minimiert werden. Dies zeigt sich auch mit Blick auf die chinesische »Neue Seidenstraße«, welche den Aufbau neuer Transportkorridore über Zentralasien nach Europa umfasst. Im Mai 2015 versicherten beide Seiten ihr Interesse an einer Interessensabstimmung und strategischen Entwicklungssynthese zwischen der von Moskau vorangetriebenen Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der von Peking aus konstruierten Korridore der »Neuen Seidenstraße«, insbesondere der »Eurasischen Landbrücke«.

Die Arktis: Brennpunkt geostrategischer Machtkonkurrenz im 21. Jahrhundert?

Abstimmungsbedarf zwischen Moskau und Peking ergibt sich nicht zuletzt mit Blick auf die Arktis. Im Januar 2018 legte die VR China ein Weißbuch zu ihrer »Arktis-Politik« vor, das den Bau einer »Polaren Seidenstraße« vorsieht. Obzwar kein unmittelbarer Anrainerstaat, so definiert sich die VR China als »arktishes« Land und erhebt aktiv Anspruch auf die (Mit-)Erschließung der durch das Abtauen des Eises in naher Zukunft voraussichtlich durchgehend befahrbaren Seerouten und Wirtschaftsräume.

Am 4. Juli 2017 verabschiedeten Moskau und Peking im Vorfeld des G20-Gipfels eine gemeinsame Erklärung zur Intensivierung ihrer umfassenden Partnerschaft, gefolgt von gemeinsamen Militärmanövern. Mit Blick auf den koordinierten Aufbau einer nördlichen Arktis-Seeroute wäre die VR China in Zukunft auf russische Häfen, Logistikinfrastruktur und eine (militärische) Sicherung der Transportwege angewiesen – und offeriert Moskau eine finanzielle Beteiligung an der Erschließung neuer Logistikknotenpunkte. Russland und die VR China arbeiten seit Jahren an der Modernisierung und Professionalisierung ihrer Streitkräfte. Im Rahmen der SOZ haben sie Marineübungen auch jenseits ihrer unmittelbaren Hoheitsgewässer durchgeführt. Die Organisation entfernt sich damit mehr und mehr von ihren Gründungsaufgaben – der Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Separatismus in der Region Zentralasien – und versteht sich verstärkt als Sicherheitsbündnis.

Peking hat seinen Vorstoß in die Arktis-Region lange vor der Proklamation der »Neuen Seidenstraße« vorbereitet. Die VR China hat, offiziell zu Forschungszwecken, eigene Arktis-Expeditionen durchgeführt. Frühzeitig hat Peking sein Interesse deutlich gemacht, an den Aushandlungsrunden des Arktis-Rats beteiligt zu werden. Dieser war 1996 mit der Erklärung von Ottawa als multilaterales Abstimmungsforum zwischen den Arktisanrainern Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Russland, Schweden und den USA begründet worden. Eingebunden sind zudem Vertreter(gruppen) der in der Arktis-Region lebenden indigenen Völkerschaften. Die VR China zählt zu den Ländern mit Beobachterstatus.

Im Mai 2019 endete das Treffen des Arktis-Rates erstmals ohne eine gemeinsame Abschlusserklärung. Für Uneinigkeit hatte ein Passus zu den Folgen und Gefahren des Klimawandels für die Arktis gesorgt. Die USA hatten sich Berichten zufolge diesem Punkt nicht anschließen wollen – und auf die positiven Effekte des Abtauens des Eises verwiesen, insbesondere die sich hieraus ergebenden neuen maritimen Transportrouten. Die USA, vertreten durch ihren Außenminister Mike Pompeo, betonten aber zugleich, dass die in der Arktis mittelfristig zugänglichen Energiereserven, Rohstoffe und Fischbestände auch neue Begehrlichkeiten wecken dürften. Pompeo verwies hierbei insbesondere auf die VR China und Russland – gegenüber denen er den Gestaltungs- und Kontrollanspruch der USA über die Arktis deutlich zum Ausdruck brachte. »Nur weil die Arktis ein Ort der Wildnis ist, heißt das nicht, dass sie ein Ort der Gesetzlosigkeit sein sollte«, so Pompeo in seiner Rede. Wer aus seiner Sicht die Führungsrolle bei der Erarbeitung neuer Regeln für die Arktis-Region und die Etablierung neuer Koordinationsstrukturen spielen sollte, wurde mehr als deutlich. So verwies Pompeo auf das »aggressive« Verhalten Russlands im Ukraine-Konflikt und Chinas offensive maritime Expansionsbestrebungen, um die von diesen ausgehende Gefahr für den Weltfrieden zu illustrieren. Er unterstrich, dass es keine »arktishen« Staaten jenseits der unmittelbaren Anrainer gebe – womit der VR China kein Recht auf Mitsprache und Mitgestaltung zukomme. Pompeo kündigte nicht zuletzt einen Ausbau der militärischen Präsenz der USA in der Arktis-Region an.

Russland hat seinerseits seine Marine weiter aufgerüstet und investiert in eine neue Flotte nuklear angetriebener Eisbrecher. Damit untermauert Moskau seinen Anspruch, bei der Erschließung der Nordost-Passage eine aktive Rolle zu spielen und den russischen Abschnitt der neuen maritimen Transportrouten kontrollieren zu wollen. Hierbei kommt die chinesische Arktis-Seidenstraßen-Initiative durchaus gelegen. Öl und Gas gegen

günstige Kredite und Darlehen aus China. Diese Formel scheint auch weiterhin als Motor der bilateralen Kooperation zu funktionieren. Die konfrontative Positionierung der USA gegenüber Moskau und Peking katalysiert dabei die sino-russische Koordination im Zuge der Arktis-Erschließung. Während weite Teile der seit 2013 unter dem Slogan der »Neuen Seidenstraße« von Peking aufgebauten Transportnetzwerke an Russland vorbeiverlaufen und sich durchaus auch zu einer Konkurrenz zu bestehenden Linien wie der Transsibirischen Eisenbahn entwickeln könnten, ist die Realisierung der Arktis-Handelsrouten nur als gemeinsames Projekt möglich.

USA-Russland-China: Globale trianguläre Interdependenzen

Diese Entwicklungen mögen möglicherweise den Vorstoß des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump erklären, Grönland kaufen zu wollen. Denn die verstärkte Sichtbarkeit der VR China als Wirtschaftsakteur und Investor in den Arktis-Anrainer-Staaten wird als gefährlicher Machtzugewinn und als mögliche Herausforderung US-amerikanischer Interessen wahrgenommen. Wie die chinesischen Seidenstraßen-Interaktionen mit Mittel- und Osteuropa sowie in Teilregionen Südeuropas gezeigt haben, führen finanzielle Abhängigkeiten auch zu einem veränderten Abstimmungsverhalten mit Blick auf gemeinsame Standpunkterklärungen der Europäischen Union gegenüber der VR China. Gerade jene Staaten, deren Wirtschaft von chinesischen Investitionen profitiert oder die durch die Kooperation mit Peking ihren Verhandlungsspielraum gegenüber Brüssel auszubauen gedenken, enthalten sich bei kritischen Stellungnahmen oder Sanktionen gegenüber der VR China. Zudem hat sich Peking mit strategischen Investitionen Zugang zu wichtigen Transporthäfen in Europa (und darüber hinaus) gesichert und seine maritimen Transportnetze erfolgreich diversifiziert. Mit Blick auf die Arktis-Region könnte dies bedeuten, dass sich im Arktis-Rat Mehrheiten verschieben. Die Haltung der USA gegenüber der für viele Mitgliederstaaten des Arktis-Rates zentralen Frage des Klimawandels dürfte dies noch zusätzlich begünstigen. Auch ist nicht auszuschließen, dass weitere bilaterale Abkommen zur Umsetzung der chinesischen Arktis-Seidenstraße mit den Anrainerstaaten geschlossen und implementiert werden. Hierdurch könnte sich Peking nicht nur strategischen Marktzugang, sondern auch präferierten Zugang zu lokalen Häfen und Transportnetzen sichern.

Die Nähe der russischen Marinestützpunkte zur Arktis-Region verstärkt die Bedrohungsperzeptionen in Washington. 2019 erklärten die USA den INF-Vertrag für nichtig – sie warfen Moskau vor, den Vertrag wiederholt missachtet zu haben. Der INF-Vertrag von

1987/88 hatte die Unterzeichnerstaaten zum Verzicht auf den Bau und die Stationierung bodengestützter, nuklear bestückbarer Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern verpflichtet. Im August 2019 erklärten schließlich beide Vertragspartner, die USA und Russland, das endgültige Ende des Abkommens. Neue Rüstungswettläufe könnten die Folge sein, insbesondere vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Interessenkonflikte in der Arktis-Region.

Die VR China ist mit Blick auf die erfolgreiche Weiterführung ihrer »Neuen Seidenstraße« auf ein stabiles und friedliches regionales und globales Umfeld angewiesen. So erklärt sich, dass sie Moskau und Washington gedrängt hatte, das INF-Abkommen nicht aufzugeben. Gerade vor dem Hintergrund der negativen Schlagzeilen zur »Neuen Seidenstraße« und der von Washington postulierten von Peking ausgehenden Bedrohung der liberalen Werteordnung ist die politische Führung in Peking zudem mehr denn je um ein positives außenpolitisches Image als friedliebende, verantwortungsbewusste Großmacht bemüht. Im Oktober 2013 fand unter der Leitung Xi Jinpings eine Arbeitssitzung statt, auf der das Konzept der »Neuen Nachbarschaftspolitik« (*zhoubian waijiao*) als Grundformel der »Neuen Seidenstraße« diskutiert wurde. Auch die Beziehungen mit anderen Großmächten sind konzeptionell überarbeitet worden. Die Formel eines »neuen Typs der Beziehungen zwischen den Großmächten« spiegelt chinesische Deutungs- und Gestaltungsansprüche wider. Eingefordert werden gleichberechtigte Interaktionsbeziehungen und Mitspracherechte bei der Reform und Rekalibrierung der internationalen Institutionenordnung. Insbesondere die Beziehungen mit Washington und Moskau wurden seit 2013 neu kalibriert.

Auf dem 19. Parteitag (2017) wurden nicht nur die »Xi Jinping Ideen zum Sozialismus mit chinesischen Charakteristika in der neuen Ära« in den Parteistatuten verankert. Betont wurde auch die besondere Bedeutung der »Neuen Seidenstraße« für die Umsetzung der nationalen, regionalen und globalen Zielsetzungen der VR China. Die Formel des »Wiederaufstiegs« (zu einer Zentrumsposition, die China mit der Niederlage in den Opiumkriegen eingebüßt hatte) wird durch die von Xi Jinping gesetzten Konzepte des »Chinesischen Traums« und der »Schicksalsgemeinschaft« als Beitrag zum Aufbau einer besseren Weltordnung im Dienste der »gesamten Menschheit« ausgewiesen. Ob diese globalen Gestaltungsansprüche mit jenen Russlands kompatibel sein werden, bleibt abzuwarten.

Auch im Zuge der Aushandlungsrunden des Arktis-Rates setzt Peking auf Dialog und präsentiert seine Positionen als gemeinsame Interessen der Weltgemeinschaft. China hat auf die Stellungnahme Pompeos auf dem Tref-

fen des Arktis-Rates 2019 direkt reagiert. Peking rechtfertigte den aktiven chinesischen Teilnahmeanspruch an der Regulierung und Koordination der Arktis nicht zuletzt unter Verweis auf die Auswirkungen des in der Arktis sichtbaren Klimawandels auf das globale System (und China), womit die Lösung von Entwicklungsfragen der Arktis als Anliegen der Weltgemeinschaft ausgeflaggt wird. Die »Neue Seidenstraße« wie auch der Teilstrang der (geplanten) »Arktis-Seidenstraße« werden als klimafreundliche Projekte präsentiert. Institutionen, die zur Finanzierung der Seidenstraße von Peking ins Leben gerufen worden sind, verpflichten sich, zumindest auf dem Papier, zu hohen sozio-ökologischen Standards. So beispielsweise die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), die mit dem Leitmotto »lean, green, clean« operiert.

Regionale Akteurskonstellationen

Die Machtverschiebungen und neuen Kooperationsstrukturen in Mittel- und Osteuropa sowie in Zentralasien werden von Russland, das eigene Positionierungsinteressen verfolgt, mit Interesse beobachtet. Während die »Arktis-Seidenstraße« in der Zukunft spielt, lassen sich aus der Analyse der Konstellationen in Osteuropa und Zentralasien erste Einschätzungen der möglichen Langzeitwirkungen der »Neuen Seidenstraße« der VR China ableiten. Diese Beobachtungen dürften die Positionierung Moskaus im Zuge der Arktis-Kooperation sicherlich beeinflussen. Eine von europäischen Analysten zumeist kritisch eingestufte Entwicklung beispielsweise sind nichtkonditionale Kreditangebote an EU-Mitglieds- und EU-Nachbarschaftsstaaten durch die VR China. Mit dem 16+1-Format hat Peking ein Kooperationsformat mit den Staaten Mittel- und Osteuropas geschaffen, das sich dem direkten Zugriff Brüssels entzieht. Gerade die EU-skeptischen Visegrad-Staaten in Osteuropa sehen in dieser Ost-Ost-Kooperation einen Weg, eigene Interessen durchzusetzen. Allerdings

besteht insbesondere für schwächere, kleinere Volkswirtschaften die Gefahr, die Seidenstraßen-Kredite nicht bedienen zu können und daher die fremdfinanzierte Transportinfrastruktur an die chinesischen (Staats-) Investoren abtreten zu müssen. Während es sich bei den mittel- und osteuropäischen Staaten um relativ junge Mitglieder der EU handelt, weist der zentralasiatische Raum hingegen historisch bedingt eine große Nähe zu Moskau auf. Eine Entmachtung Russlands und die Übernahme einer alleinigen regionalen Führungsrolle durch Peking sind somit wenig realistisch. Auch ist zu bedenken, dass die zentralasiatischen Staaten, wie insbesondere das Beispiel Kasachstan zeigt, sich nicht passiv der chinesischen Seidenstraße unterordnen. Vielmehr verfolgt Kasachstan mit der Nurly Zhol-Initiative einen eigenen Modernisierungsweg, den es mit den chinesischen Interessen am Aufbau eines Transportkorridors über den neugeschaffenen Logistikknotenpunkt Khorgos strategisch verbindet – ohne Peking die alleinige Koordination der Transportwege zu übertragen.

Schlussbetrachtungen

Eingedenk der historischen Konkurrenzbeziehungen und geostrategischen Rivalitäten zwischen Moskau und Peking ist es naheliegend, dass keine Seite bei der Konzeption ihrer jeweiligen Arktis-Strategie nur auf eine Karte setzen wird. Die VR China strebt eine Diversifizierung ihrer strategischen Partner an; Russland baut parallel zu den Beziehungen mit Peking auch die Kooperation mit Pekings historischen Rivalen Indien und Japan aus. Die USA, welche die strategische Kooperation zwischen China und Russland als Entstehung einer bedrohlichen neuen Achse einstufen, haben diese durch ihren konfrontativen Kurs selbst begünstigt. Auch im 21. Jahrhundert sind die sino-russischen Beziehungen weiterhin in einem vielschichtigen triangulären Interdependenzdilemma gefangen.

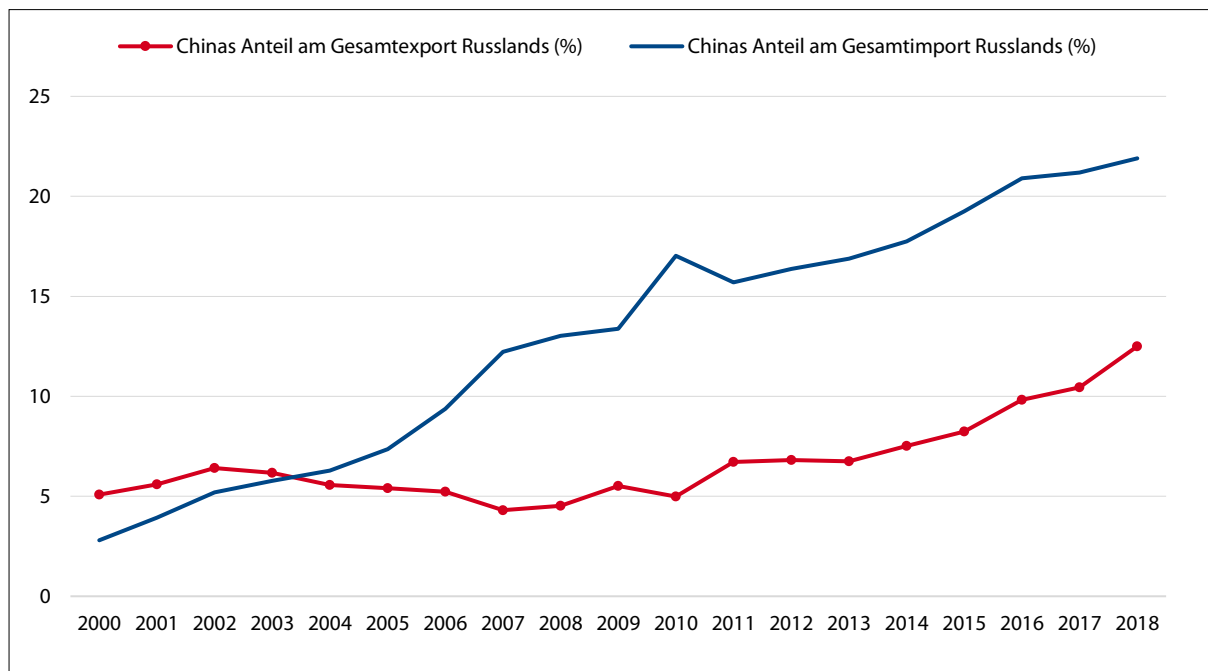
Über die Autorin:

Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt ist Inhaberin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt China/Ostasien an der Universität Duisburg-Essen. Sie studierte Sinologie und Politikwissenschaft in Heidelberg, Peking und Wien. Sie lehrt und forscht zu Themen der Vergleichenden Politikwissenschaft, Internationalen Beziehungen sowie Global Governance. 2018 erschien die zweite Auflage ihres Lehrbuchs *Chinesische Politik: Nationale und globale Konstellationen* in der Reihe Studienkurs Politikwissenschaft.

STATISTIK

Handelsbeziehungen zwischen Russland und China

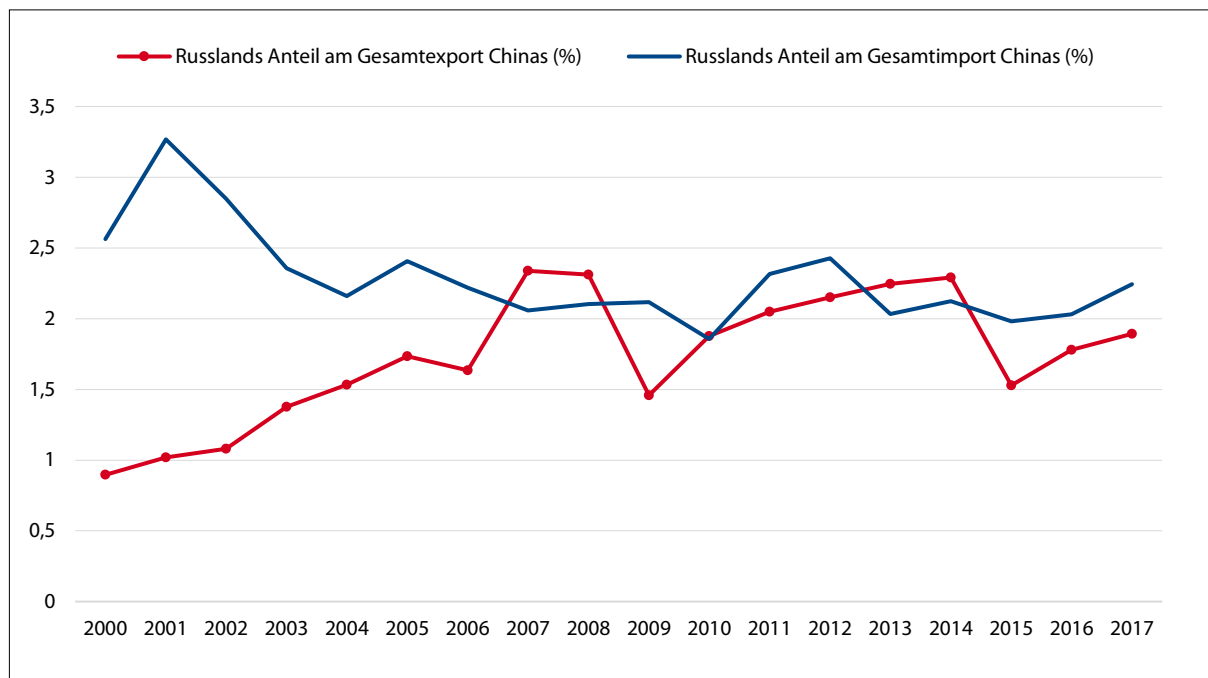
Grafik 1: Russlands Außenhandel mit China, 2000–2018



	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Chinas Anteil am Gesamtexport Russlands (%)	5,0902	5,6034	6,4081	6,1783	5,5645	5,4039	5,2253	4,3054	4,5187	5,5233
Chinas Anteil am Gesamtimport Russlands (%)	2,8009	3,9328	5,1998	5,7697	6,2807	7,3597	9,3692	12,22	13,0195	13,3819

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Chinas Anteil am Gesamtexport Russlands (%)	4,9823	6,7104	6,8158	6,7566	7,5155	8,2391	9,8151	10,4481	12,5
Chinas Anteil am Gesamtimport Russlands (%)	17,0201	15,6941	16,3722	16,8833	17,7405	19,2575	20,8974	21,1966	21,9

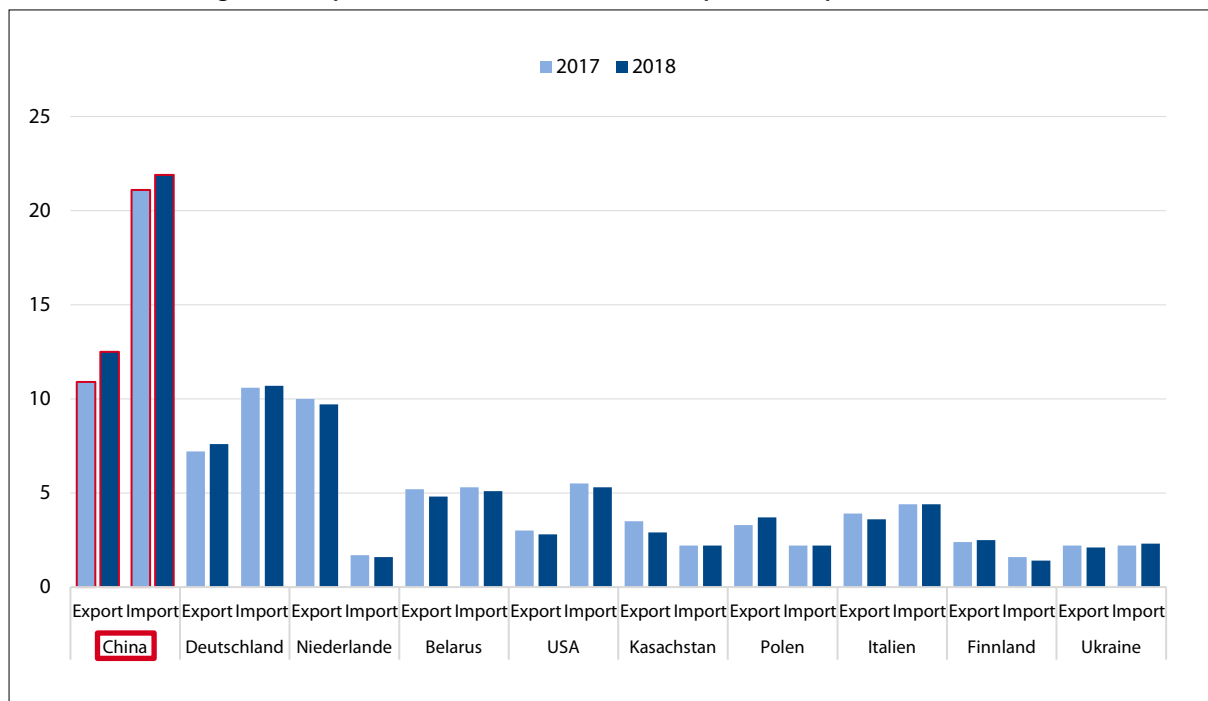
Quelle: World Integrated Trade Solution (WITS), <https://wits.worldbank.org/countrysnapshot/en/RUS>; Rosstat: *Rossija w zifrach*, 2019, S. 519, http://www.gks.ru/free_doc/doc_2019/rusfig/rus19.pdf

Grafik 2: Chinas Außenhandel mit Russland, 2000–2017

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Russlands Anteil am Gesamtexport Chinas (%)	0,8962	1,0186	1,0813	1,376	1,5334	1,7339	1,634	2,3384	2,3119	1,4575
Russlands Anteil am Gesamtimport Chinas (%)	2,5633	3,2678	2,8481	2,3568	2,1609	2,4077	2,218	2,0592	2,1043	2,1165

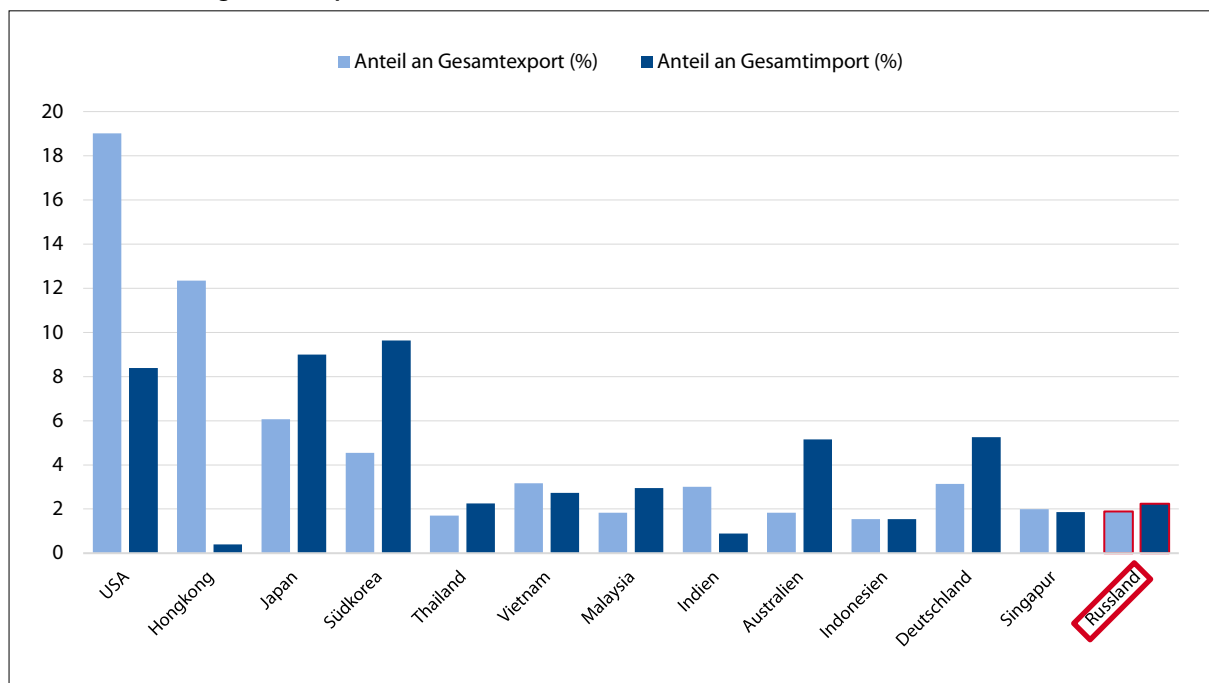
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Russlands Anteil am Gesamtexport Chinas (%)	1,8768	2,0493	2,1504	2,245	2,2916	1,5288	1,7801	1,8923
Russlands Anteil am Gesamtimport Chinas (%)	1,8563	2,3152	2,4276	2,0343	2,1229	1,9802	2,0316	2,2448

Quelle: World Integrated Trade Solution (WITS), <https://wits.worldbank.org/countrysnapshot/en/CHN>

Grafik 3: Wichtige Handelspartner Russlands, 2017–2018 (% Export und Import)

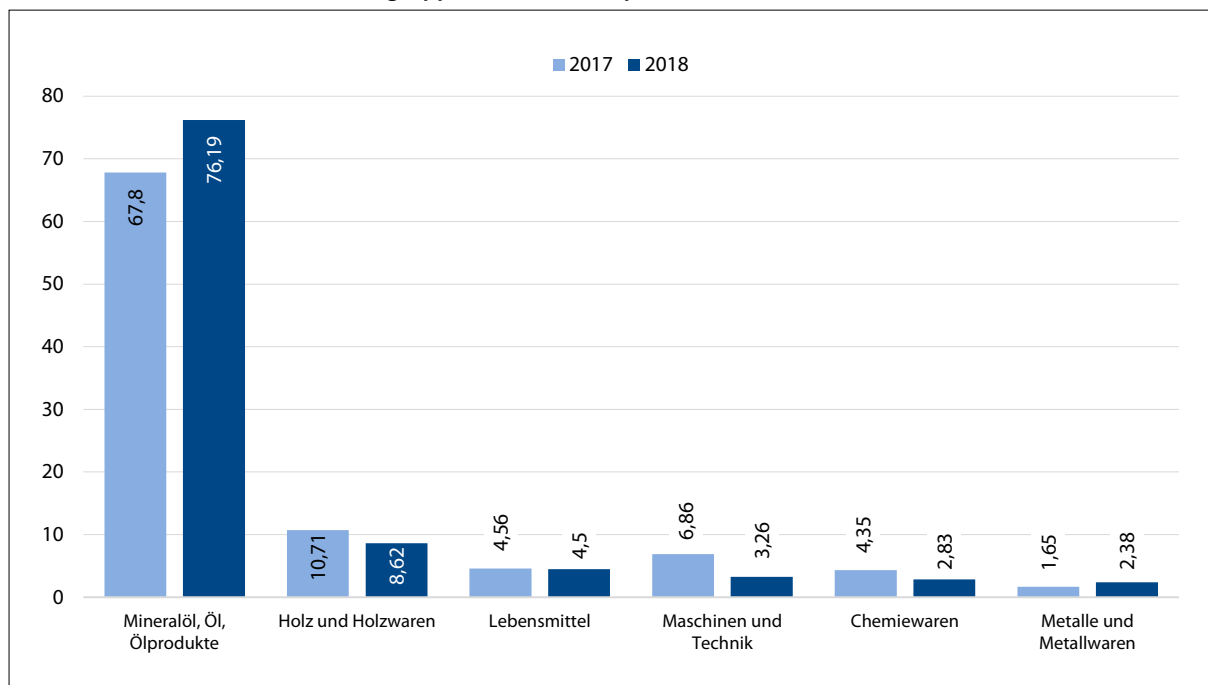
		2017	2018
China	Export	10,9	12,5
	Import	21,1	21,9
Deutschland	Export	7,2	7,6
	Import	10,6	10,7
Niederlande	Export	10	9,7
	Import	1,7	1,6
Belarus	Export	5,2	4,8
	Import	5,3	5,1
USA	Export	3	2,8
	Import	5,5	5,3
Kasachstan	Export	3,5	2,9
	Import	2,2	2,2
Polen	Export	3,3	3,7
	Import	2,2	2,2
Italien	Export	3,9	3,6
	Import	4,4	4,4
Finnland	Export	2,4	2,5
	Import	1,6	1,4
Ukraine	Export	2,2	2,1
	Import	2,2	2,3

Quelle: Rosstat: *Rossija w zifrach*, 2019, S. 519, http://www.gks.ru/free_doc/doc_2019/rusfig/rus19.pdf

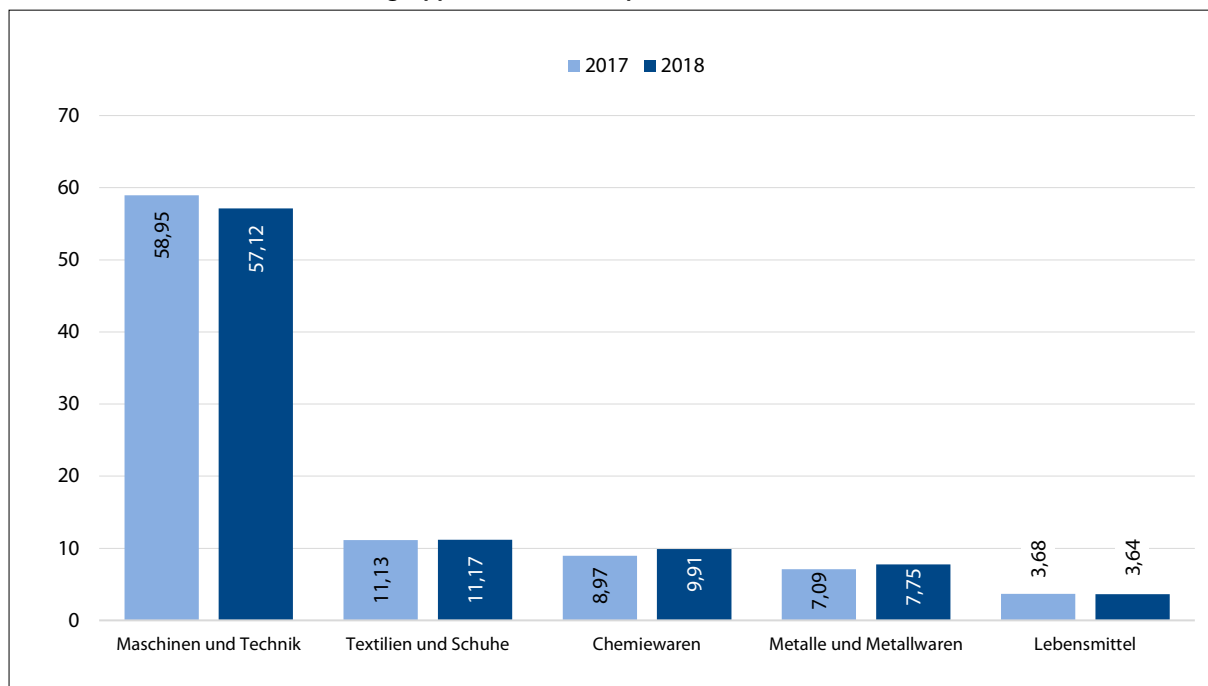
Grafik 4: Wichtige Handelspartner Chinas, 2017

	% an Gesamtexport	% an Gesamtimport
USA	19,01	8,38
Hongkong	12,34	0,4
Japan	6,06	8,99
Südkorea	4,54	9,63
Thailand	1,7	2,26
Vietnam	3,16	2,73
Malaysia	1,84	2,95
Indien	3,01	0,89
Australien	1,83	5,15
Indonesien	1,54	1,55
Deutschland	3,14	5,26
Singapur	1,99	1,86
Russland	1,89	2,24

Quelle: World Integrated Trade Solution (WITS), <https://wits.worldbank.org/CountryProfile/en/Country/CHN/Year/2017/TradeFlow/EXPIMP/Partner/by-country>

Grafik 5: Anteil einzelner Warengruppen am Gesamtexport Russlands nach China 2017–2018 (%)

Quelle: Torgowlja meschdu Rossije i Kitajem w 2018 g., <http://russian-trade.com/reports-and-reviews/2019-02/torgovlya-mezhdu-rossiey-i-kitaem-v-2018-g/>

Grafik 6: Anteil einzelner Warengruppen am Gesamtimport Russlands aus China 2017–2018 (%)

Quelle: Torgowlja meschdu Rossije i Kitajem w 2018 g., <http://russian-trade.com/reports-and-reviews/2019-02/torgovlya-mezhdu-rossiey-i-kitaem-v-2018-g/>

Tabelle 1: Russland und China: Migration

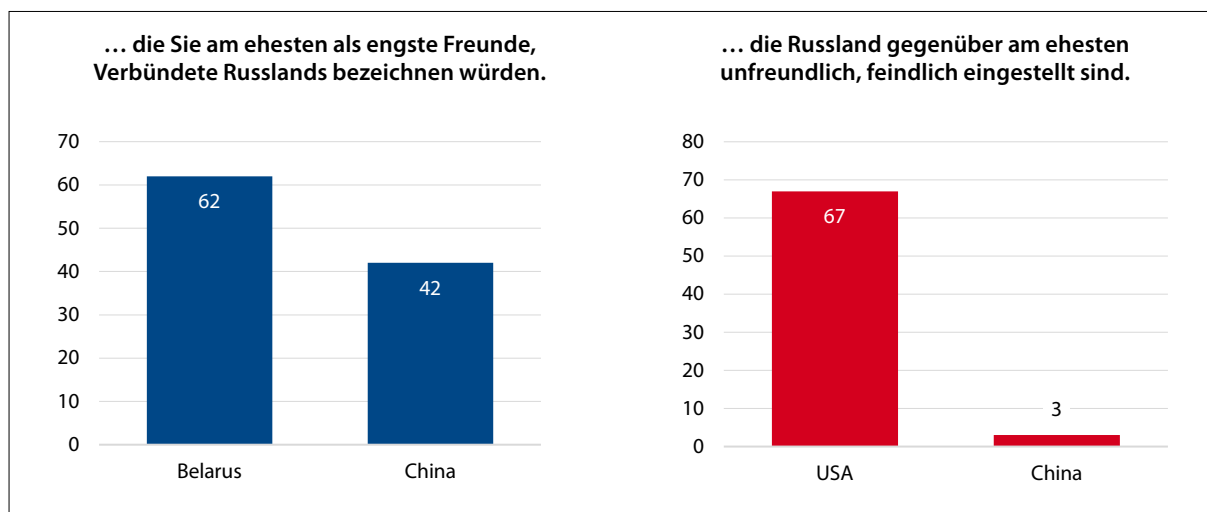
	2014	2015	2016	2017	2018
Migration nach Russland - Gesamt	590.824	598.617	575.158	589.033	565.685
Aus China	10.563	9.043	8.027	8.237	7.067
%	1,787842	1,510649	1,395617	1,398394	1,249282
Migration aus Russland - Gesamt	310.496	353.233	313.210	377.155	440.831
Nach China	8.607	9.821	8.837	7.600	7.544
%	2,772016	2,780318	2,82143	2,015087	1,711313

Quelle: Rosstat: Rossiya w zifrach, 2019, SS. 79–81, http://www.gks.ru/free_doc/doc_2019/rusfig/rus19.pdf

UMFRAGE

Freunde und Feinde

Grafik 1: Nennen Sie bitte fünf Länder, ... (Auswahl)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–29. Mai 2019, veröffentlicht am 14. Juni 2019, <https://www.levada.ru/2019/06/14/soyuzniki-i-vragi-sredi-stran/>

Tabelle 1: Nennen Sie bitte fünf Länder, die Sie am ehesten als engste Freunde, Verbündete Russlands bezeichnen würden (offene Frage, %).

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Belarus	34	46	51	55	50	46	49	62
China	16	20	40	43	34	39	40	42
Kasachstan	28	31	37	41	39	34	32	38
Armenien	11	12	15	18	13	12	11	22
Aserbaidshan	9	8	9	11	7	9	8	16
Syrien	2	2	4	2	10	15	21	14

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Nennen Sie bitte fünf Länder, die Sie am ehesten als engste Freunde, Verbündete Russlands bezeichnen würden (offene Frage, %). (Fortsetzung)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Indien	9	7	13	18	18	14	19	14
Venezuela	5	6	5	9	6	3	4	11
Vietnam	–	–	–	–	4	4	5	10
Kuba	8	9	10	14	10	11	11	9
Usbekistan	5	5	6	8	9	9	11	9
Türkei	4	5	4	8	1	6	9	9
Kirgisistan	5	5	6	10	7	8	8	9
Deutschland	17	14	4	2	2	2	5	9
Bulgarien	7	10	8	4	4	4	7	8
Georgien	1	2	1	3	2	4	3	8
Tadschikistan	4	5	8	7	6	9	7	6
Japan	4	4	4	2	5	4	7	6
Serbien	4	3	5	8	6	5	6	6
Nordkorea	1	1	3	3	3	3	4	6
Ägypten	2	2	2	4	3	2	4	5
Griechenland	–	–	–	–	4	3	3	5
Iran	2	1	2	2	2	4	5	4
Israel	4	3	4	2	3	3	3	4
Österreich	–	–	–	–	1	1	1	4
Moldau	4	6	7	2	2	8	4	3
Italien	7	5	3	1	3	3	3	3
Brasilien	–	–	–	–	5	2	3	3
Südkorea	1	2	3	1	1	2	2	3
Afghanistan	1	1	1	1	1	1	2	3
Ukraine	13	16	1	1	2	2	1	3
Mongolei	2	3	3	6	3	3	4	2
Frankreich	9	4	1	1	2	2	4	2
Turkmenistan	2	2	3	4	2	4	3	2
Tschechische Republik	2	3	1	3	2	2	2	2
Irak	1	1	1	1	–	2	2	2
Finnland	6	4	3	1	1	1	2	2
Großbritannien	3	2	1	<1	1	1	1	2
Ungarn	2	2	2	1	1	1	1	2
Argentinien	–	–	–	–	3	2	1	2
Polen	3	4	2	1	1	1	1	2
Spanien	–	–	–	–	2	1	2	1
Russland hat keine Freunde	17	15	13	11	14	12	10	4
Schwer zu beantworten	18	14	16	14	11	14	10	7

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–29. Mai 2019, veröffentlicht am 14. Juni 2019, <https://www.levada.ru/2019/06/14/soyuzniki-i-vragi-sredi-stran/>

Tabelle 2: Nennen Sie bitte fünf Länder, die Russland gegenüber am ehesten unfreundlich, feindlich eingestellt sind (offene Frage, %).

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
USA	35	38	69	73	72	69	78	67
Ukraine	15	11	30	37	48	50	49	40
Großbritannien	7	9	18	21	18	15	38	38
Lettland	26	21	23	25	23	24	26	27
Litauen	25	17	24	25	23	24	23	26
Polen	8	8	12	22	24	21	24	22
Deutschland	3	3	18	19	19	24	17	18
Estland	23	16	21	19	16	16	15	12
Georgien	41	33	19	11	10	9	8	11
Kanada	1	1	7	8	6	3	8	9
Frankreich	1	2	5	7	4	8	8	8
Irak	8	7	3	2	2	3	4	5
Israel	3	3	2	2	2	1	5	4
Syrien	2	3	1	1	3	4	4	4
Japan	6	7	5	6	5	6	3	4
Afghanistan	8	10	5	4	2	3	3	4
Iran	7	5	2	2	2	2	2	3
China	4	5	1	<1	1	2	1	3
Türkei	1	2	1	1	29	8	3	2
Rumänien	1	2	2	3	2	2	2	2
Nordkorea	1	4	2	1	1	2	2	2
Saudi-Arabien	2	2	1	2	2	2	1	2
Südkorea	1	2	2	<1	1	1	1	2
Pakistan	–	–	–	–	<1	1	1	2
Bulgarien	<1	<1	<1	1	1	<1	1	2
Australien	<1	<1	1	3	2	1	1	2
Finnland	1	1	1	2	3	1	1	1
Ägypten	1	2	1	<1	3	1	1	1
Italien	1	<1	1	3	1	1	1	1
Holland	–	–	–	–	1	1	1	1
Russland hat keine Feinde	7	7	3	3	5	3	2	3
Schwer zu beantworten	21	24	17	14	10	11	10	7

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–29. Mai 2019, veröffentlicht am 14. Juni 2019, <https://www.levada.ru/2019/06/14/soyuzniki-i-vragi-sredi-stran/>

Russland und China: Eine asymmetrische Partnerschaft?

Anastasia Vishnevskaya-Mann

Der folgende Beitrag erschien zuerst am 25.04.2019 in der Rubrik »Gnosen« auf [dekoder.org](https://www.dekoder.org/de/gnose/russland-china-beziehung-sanktionen) (<https://www.dekoder.org/de/gnose/russland-china-beziehung-sanktionen>).

Wie tief geht die *bromance* zwischen Putin und dem chinesischen Staatschef Xi? Diese Frage stellte die BBC 2015 (<https://www.bbc.com/news/world-asia-china-32409409>), rund ein Jahr nach der Krim-Annexion. Als Reaktion auf westliche Sanktionen forcierte Russland damals den 2012 eingeleiteten »Schwenk nach Asien«. Mit diesem Schwenk wollte Russland laut Beobachtern vom Westen unabhängiger werden und seine Wirtschaftsbeziehungen zu China intensivieren. 2014 kam eine neue Dimension hinzu: Die Hinwendung nach China sollte die sanktionsbedingten Einbußen ausgleichen. So jedenfalls das Kalkül des Kreml.

Tatsächlich trafen sich die beiden Präsidenten nun öfter, unterzeichneten viele bilaterale Verträge und setzten Großprojekte wie die Gaspipeline *Sila Sibiri* in Gang. Putin und Xi sollen sich auch persönlich gut verstehen.

Doch wie tief sind die russisch-chinesischen Beziehungen nach der Annexion der Krim tatsächlich?

Die ersten bilateralen Beziehungen zwischen dem russischen Zarenreich und China wurden wohl im 17. Jahrhundert angebahnt. 1689 unterzeichneten beide den Vertrag von Nertschinsk, der zum ersten (aber bei weitem nicht zum letzten) Mal die Grenze zwischen beiden Reichen definierte. Während Russland sich nach den Reformen von Alexander II. sehr dynamisch entwickelte, war das chinesische Imperium am Schwächeln – sowohl geopolitisch als auch wirtschaftlich. Diese Schwäche ermöglichte Russland damals, große Stücke Land von China zu pachten – die das russische Imperium im Zuge des Russisch-Japanischen Kriegs 1904–1905 allerdings wieder verlor.

Engste Freunde – beste Feinde?

Nach Gründung der Volksrepublik 1949 entwickelten die zwei sozialistischen Länder eine enge Beziehung. Die Sowjetunion half der Volksrepublik China (VRC) beim Wiederaufbau des Landes nach dem Bürgerkrieg und der japanischen Besatzung: Es gab eine enge militärische Kooperation, sowjetische Ingenieure halfen beim Bau von Kernkraftwerken und Atomwaffen.

Doch nach dem Tod Stalins 1953 war es vorbei mit der sowjetisch-chinesischen Freundschaft: Mao verstand sich als Nachfolger Stalins, während sich Chruschtschow ab dem XX. Parteitag der KPdSU gegen den Personenkult um den Diktator wandte. In den 1960er Jahren kam es sogar zu militärischen Zusammenstößen an der sowjetisch-chinesischen Grenze. Ende der 1970er Jahre sanken die Beziehungen auf einen neuerlichen Tiefpunkt: Nachdem der sowjetische Verbündete Vietnam zur Beendigung des Terrorregimes der Roten Khmer 1978 in Kambodscha einfiel, wandte sich China gegen Vietnam und erklärte dessen Verbündeten, die Sowjetunion, zum »Feind Nummer 1«.

Diese Feindschaft währte jedoch nicht lange: Seit der Mitte der 1980er Jahre verbesserten sich die Beziehungen wieder allmählich. 1991 besuchte Generalsekretär und Präsident Jiang Zemin die UdSSR und unterzeichnete mit Michail Gorbatschow einen Vertrag, der die Grenze zwar weitgehend festlegte, einige Stücke jedoch weiterhin als strittig festhielt. Endgültig wurde die Grenzfrage von Wladimir Putin und Hu Jintao in einem Vertrag von 2005 geklärt. Dabei übergab Russland an China einige Inseln im Grenzfluss Amur, insgesamt rund 337 Quadratkilometer Land.

Der Zerfall der Sowjetunion war für die chinesischen Eliten ein Schock. Russland wandte sich ab vom Sozialismus und hin zum Westen, dabei vernachlässigte es den östlichen Nachbarn. Erst als Jewgeni Primakow 1996 Außenminister wurde, brachte er die östliche Dimension der russischen Außenpolitik zurück auf die Agenda.

2001 gründeten China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Gleichzeitig wurde die Annäherung zwischen China und Russland 2001 in dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit festgehalten. Der Schwerpunkt russischer Außenpolitik lag dabei allerdings immer noch auf der Zusammenarbeit mit dem Westen.

»Schwenk nach Asien«

Jäh gestoppt wurde diese Zusammenarbeit nach der Krim-Annexion: Russland intensivierte den 2012 proklamierten »Schwenk nach Asien« und suchte damit, die wirtschaftlichen Einbußen durch die westlichen Sanktionen auszugleichen.

Bereits 2013 hatte Xi Jinping seine Seidenstraßen-Initiative präsentiert: ein großes Infrastrukturprojekt, das vor allem schnellere und sicherere Handelsrouten

zwischen China und Europa zum Ziel hat. Die neue Seidenstraße soll – wie schon die alte – durch Zentralasien führen: Eine Region, die der Kreml dezidiert als eigene geopolitische Interessensphäre begreift. Doch obwohl die Initiative unter anderem auch größeren Einfluss Chinas in Zentralasien vorsieht, macht man sich darüber im Kreml demonstrativ keine Sorgen. Laut Beobachtern soll der Kreml dabei keine bittere Pille geschluckt, sondern folgendermaßen kalkuliert haben: China konzentriert sich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Region, während Russland Garantienmacht bleibt und seinen politischen Einfluss behält.

Außerdem versprach man sich in Russland von der Seidenstraße vor allem chinesische Investitionen. So unterzeichneten Gazprom und der chinesische Energiekonzern CNPC 2014 einen Vertrag über russische Gaslieferungen nach China. Beim Baustart am 1. September 2014 nannte Putin das Pipeline-Vorhaben *Sila Sibiri* »das größte Bauprojekt der Welt«. China stieg auch bei Jamal SP ein – ein Unternehmen, das Erdgas auf der Jamal-Halbinsel fördern und verflüssigen soll.

Viele Verträge in Milliardenhöhe, große Worte über die neue russisch-chinesische Freundschaft, neue Männerfreundschaft zwischen Xi und Putin, Xis Teilnahme an der Siegesparade am 9. Mai 2015 in Moskau – 2014 und 2015 sah es aus, als ob ein neues Tandem der Weltpolitik geboren wäre.

Vertane Chancen

Doch ist in der Sache seitdem nicht viel passiert. *Sila Sibiri* wurde zwar tatsächlich umgesetzt und soll im September 2019 in Betrieb gehen. Auch bei Jamal kam chinesisches Geld an, auch wenn erst 2016. Jedoch ist die russisch-chinesische Partnerschaft weder allumfassend, noch nachhaltig. So machen zwar die chinesischen Staatsbanken gelegentlich Geld für Großprojekte locker, doch private chinesische Firmen vermeiden es angesichts der US-Sanktionen mit den russischen Staatskonzernen zusammenzuarbeiten. Die Rentabilität von *Sila Sibiri* ist fraglich: Manche Kritiker glauben, dass die Pipeline 30 Jahre brauchen wird, um sich zu amortisieren. Der bilaterale Handel ist seit 2014 zwar um rund 26 Prozent gewachsen, seine Struktur ist für Russland allerdings nicht gerade schmeichelhaft: 76 Prozent russischer Exporte machen fossile Energieträger aus, umgekehrt sind 57 Prozent der Importe aus China Maschinen und Verkehrsmittel. Russlands Anteil an Chinas Außenhandel beträgt 1,9 Prozent, China deckt aber 15 Prozent des russischen Außenhandels ab.

Auch auf symbolischer Ebene tun sich Asymmetrien auf: So hat der Bau einer Brücke über den Grenzfluss Amur wegen Problemen auf russischer Seite viel länger gebraucht, als ursprünglich geplant. Monatelang endete die chine-

sische Seite der Brücke mitten über dem Fluss, das Bild dieser abrupt endenden Brücke ging durch die Zeitungen in der ganzen Welt und schien Sinnbild für die Unfähigkeit Russlands, das chinesische Wachstum anzupapfen.

Auch bei dem wichtigsten Element der Seidenstraße – dem Ausbau der Eisenbahnschiene – war Russland außen vor. Seine ursprüngliche Erwartung, dass der Ausbau der *Belt and Road Initiative* (BRI) die russische Transsib zur Grundlage nehmen würde, wurde von China enttäuscht: Die meisten chinesischen Züge fahren nun durch Westchina und Kasachstan, auf die russische Schiene kommen sie erst relativ weit im Westen, in der Oblast Kurgan. Der östliche Teil der Transsib, der ohnehin am wenigsten ausgelastet ist, geht leer aus.

Unter dem BRI-Label sollten auch innerrussische Projekte umgesetzt werden. Doch auch diese stocken und werden mitunter ad acta gelegt: So soll es jetzt unter anderem doch keine Schnellzugverbindung zwischen Moskau und Kasan geben.

Russland ist nur Juniorpartner

Diese Asymmetrie setzt sich auch in der militärischen und Sicherheitszusammenarbeit fort. Seit den 1990er Jahren ist China zwar einer der wichtigsten Absatzmärkte russischer Waffen. Doch durch den (nicht immer legalen) Technologietransfer stellt es immer mehr Waffen selber her, sodass es unklar ist, wie lange China noch auf russische Waffensysteme angewiesen sein wird.

Auch mit der Gründung der SOZ intensivierten die Länder ihre militärische Zusammenarbeit. Bei den Militärübungen *Wostok 2018* waren chinesische Militärs dabei, für einige Experten war es »noch keine Allianz, aber engere Zusammenarbeit« (siehe dazu den Beitrag von Alexander Golz: <https://www.dekoder.org/de/article/wostok-2018-militaermanoeuvre-china>).

Eigentlich ist China aber kaum an einer nachhaltigen militärischen Zusammenarbeit mit Russland interessiert, und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der SOZ wurde durch deren Erweiterung um Indien und Pakistan massiv erschwert. Hinzu kommt auch, dass Indien und Vietnam, beides wichtige Absatzmärkte für russische Waffen, für China als Feinde gelten. Außerdem hat China auch seine militärische Präsenz in denjenigen Regionen ausgebaut, die Russland als eigene Interessensphäre begreift: So wurde im Februar 2019 bestätigt, dass China eine Militärbasis in Tadschikistan betreibt, von der aus es Patrouillen in Afghanistan durchführt. Die neue Seidenstraße, so könnte man aus chinesischer Perspektive meinen, braucht keinen russischen Schutz.

»Gelbe Gefahr«

Neben wirtschaftlichen, militärischen und symbolischen Asymmetrien erschwert auch der innerrussische

Diskurs die Zusammenarbeit. Spätestens seit 2005 ist er vermehrt durch Begriffe wie »gelbe Gefahr« oder »chinesische Bedrohung« geprägt. In Medien sowie sozialen Netzwerken gibt es regelmäßig Berichte von zehntausenden illegalen chinesischen Einwanderern im fernen Osten Russlands, die den Russen ihre Jobs wegnehmen würden. Auch Berichte über die chinesische Abholzung der Taiga und die dramatische Verschmutzung der Böden durch eingewanderte chinesische Bauern sind verbreitet.

Über die Autorin:

Dr. Anastasia Vishnevskaya-Mann hat internationale Beziehungen in Moskau und Berlin studiert und sich dabei auf russische Beziehungen mit der EU und insbesondere Deutschland spezialisiert. Sie hat an der FU Berlin über Separatismus in Russland und China promoviert.

Bibliographie:

- Urbansky, Sören (2015): Grenze im Fluss. China-Russland: Das Echo des Territorialdisput, in: Osteuropa, Heft 5–6.
- Zuenko, Ivan; Zuban, Semyon (2016): Torgowlja meschdu Rossijej i Kitajem v 2018 g., in: Mirowaja ekonomika i meschdunarodnyje odnoschenija, Nr. 7, S. 70–76.
- Carlson, Brian (2018): Vostok-2018: Another Sign of Strengthening Russia-China-ties: Not an Alliance, but Defense Cooperation is growing, in: Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP Comment, Nr 47.
- Djatlov, Viktor (2008): Ot »scholtoj opasnosti« k »kitajskoj ugroze«: evoljuzija odnoj migrantofobii v Rossii, in: Larjuel, Marlen (Hrsg.): Russkij nazionalizm: Sozialnyj i kulturnyj kontekst, S. 73–86.

Das Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://www.dekoder.org/de/gnose/russland-china-beziehung-sanktionen>. Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder und Dr. Anastasia Vishnevskaya-Mann für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

Debattenschau: Wahltag – wer ist der wirkliche Sieger?

Der folgende Beitrag erschien zuerst am 09.09.2019 auf [dekoder.org](https://www.dekoder.org/de/article/debattenschau-regionalwahl-moskau-ergebnisse) (<https://www.dekoder.org/de/article/debattenschau-regionalwahl-moskau-ergebnisse>).

Einleitung von dekoder

Am Sonntag, 8. September, haben in allen 83 Föderationssubjekten Russlands Wahlen stattgefunden: Unter anderem stimmten Menschen über 16 Gouverneursposten ab sowie über Abgeordnete von elf Regionalparlamenten. Während alle Wunschkandidaten des Kreml die Gouverneurswahlen gewonnen haben, musste die Regierungspartei Einiges Russland (ER) herbe Schlappen einstecken.

So bewerten viele Beobachter das Ergebnis der Moskauer Stadtduma-Wahl als Niederlage für Einiges Russland. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 22 Prozent gingen hier 20 der insgesamt 45 Sitze an Kandidaten anderer Parteien.

Schon im Vorfeld der Wahlen galt die Regierungspartei für viele als angeschlagen. Ihre Kandidaten schickte sie als »Unabhängige« ins Rennen – laut Beobachtern deshalb, damit das schlechte Image von Einiges Russland nicht auf sie abfärbe. Auch der Moskauer Parteichef Andrej Metelski hat als »Unabhängiger« an der Wahl teilgenommen, laut vorläufigem Ergebnis verliert er die Wahl gegen den Konkurrenten von der Kommunistischen Partei.

Nun verbuchen sowohl Opposition als auch Regierungspartei das Ergebnis als einen Erfolg. Ist die Wahl tatsächlich ein Triumph für die Opposition? Welche Folgen hat sie für die Regierungspartei? dekoder bringt Ausschnitte aus der Debatte in russischen Medien.

Sobyanin.ru: Diversity in der Duma

Moskaus amtierender Bürgermeister Sergej Sobjanin hat sich auf seiner Homepage offiziell zufrieden über das Wahlergebnis geäußert:

»Es war am Ende ein echter politischer Wettbewerb, und es waren die emotionalsten Wahlen in der gesamten jüngeren Geschichte. In jedem Wahlkreis kämpften im Durchschnitt fast fünf Kandidaten um die Mandate. Die Leidenschaft war kein Witz.

Im Ergebnis kamen neben einem starken Trupp Kommunisten eine Kohorte aus den ehrwürdigen Parteien Jabloko und Gerechtes Russland ins Parlament. Die Duma ist nun politisch vielfältiger, was dem Stadtparlament, so hoffe ich, gut tun wird«.

Erschienen am 09.09.2019 auf <https://www.sobyanin.ru/vybory-v-mosgordumu-pervye-itogi>.

Facebook/Alexej Nawalny: Sieg für das kluge Abstimmungsverhalten

Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalny hatte im Vorfeld der Wahl zu klugem Abstimmungsverhalten aufgerufen: Man sollte die Stimme für denjenigen Oppositionskandidaten abgeben, der dem Kandidaten der Regierungspartei Einiges Russland am ehesten gefährlich werden könnte. Auf Facebook schreibt er nach der Wahl:

»4 Uhr morgens. Jetzt kann man mit Sicherheit sagen, dass der Bürgermeister und Einiges Russland 24 von 45 Wahlkreisen verloren haben.

Mit Fälschungen haben sie das derzeitige offizielle Ergebnis erreicht: Einiges Russland – 24 Sitze, kluges Abstimmungsverhalten – 21 Sitze.

Jetzt versuchen sie noch drei weitere Mandate zu klauen.

Es ist jedoch ein fantastisches Ergebnis des klugen Abstimmungsverhaltens. Dafür haben wir zusammen gekämpft. Danke für den Beitrag jedes Einzelnen«.

Erschienen am 09.09.2019 auf <https://www.facebook.com/navalny/posts/2684815334870866>.

The New Times: Haftzeiten statt Prozente messen

In der unabhängigen New Times erinnert Kolumnist Iwan Dawydow an die Haftstrafen nach den Protesten für faire Wahlen:

»Dennoch ist das Hauptergebnis der Wahlen schon jetzt offensichtlich. Es lässt sich nicht in Prozenten messen, sondern in Jahren. In den realen Haftzeiten, zu denen die Betroffenen des Moskauer Prozesses verurteilt wurden im Rahmen von mit beispielloser Geschwindigkeit durchgeführten Gerichtsprozessen.

[...] Neun von ihnen [...] hat Memorial International als politische Häftlinge anerkannt«.

Erschienen am 08.09.2019 auf <https://newtimes.ru/articles/detail/184732?fcc>.

Novaya Gazeta: Digitale versus reale Stadt

Kirill Martynow, Politikchef der unabhängigen Novaya Gazeta, konstatiert einen Erfolg der Opposition und liefert Hinweise auf Wahlfälschungen:

»Die Lage der Regierung in Moskau ist ziemlich wackelig, das Vertrauen in sie ist nach der Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten im Sommer sehr gering. Die Opposition kann sich bislang zwar noch nicht die Hauptstadt holen, aber sie ist schon fähig zu einem ernsten Kampf.

Der einzige Ort, wo in der Stadt wie bisher Einiges Russland herrscht, ist wohl die moderne digitale Wahl, die bislang im Testverfahren gelaufen ist und den »unabhängigen« Kandidaten aus der Mannschaft um den Bürgermeister hervorragende Ergebnisse brachte – enorm viel besser als in der realen Stadt«.

Erschienen am 08.09.2019 auf <https://www.novayagazeta.ru/articles/2019/09/09/81897-demokraty-vozvraschayutsya>.

Izvestia: Plan B für die Opposition

Um die Unzufriedenheit der Bürger einzudämmen, plant der Kreml sogenannte nationalen Projekte. In der kremlnahen Izvestia fordert Polittechnologe Dimitri Fetisow noch ganz andere Strategien:

»Es ist gut, wenn die Strategie des Kreml bezüglich der nationalen Projekte umgesetzt wird und die Staatsmacht bei den Wahlen zur Staatsduma 2021 einen überzeugenden Sieg erringt. Aber es wäre nicht schlecht, einen Plan B zu haben, falls die Regierungen in einer Reihe von Regionen es nicht schaffen sollten, die nationalen Projekte umzusetzen, falls sich das Leben der Leute nicht verbessert und sie gezwungen sind, ihren Protest auf jede mögliche Art und Weise zu artikulieren.

Solch ein Plan B könnte sein, entweder diejenigen parlamentarischen Oppositionsparteien zu transformieren, mit denen es möglich ist, eine gemeinsame Sprache oder akzeptable Formen der Zusammenarbeit zu finden. Oder aber man könnte neue politische Kräfte gründen, die die Interessen des Gesellschaftsteils vertreten, der die Wahlen ignoriert hat. Schließlich hat noch nie jemand gefordert, auf die Opposition im Staat zu verzichten. Hauptsache, sie ist bereit zum konstruktiven Dialog und ruft nicht zu illegalen Protestaktionen auf«.

Erschienen am 09.09.2019 auf <https://iz.ru/919274/dmitrii-fetisov/plan-b>.

Facebook/Dimitri Gudkow: Jede kleine Chance genutzt

Der Oppositionelle Dimitri Gudkow, Parteichef von Partija Peremen, war zu der Wahl nicht zugelassen worden. Er wertet das Wahlergebnis ebenfalls positiv:

»Moskau hat Nein gesagt zu diesem Sondereinsatz, der unter dem Deckmantel von Wahlen stattfand. In der illegalen Moskauer Stadtduma wird es trotz allem anständige Menschen geben.

Klar, das sind bei weitem nicht alle. Klar, sie sind weiterhin in der Minderheit.

Aber angesichts von Repressionen und Polizeiterror haben die Moskauer gezeigt, dass sie sich das nicht gefallen lassen wollen. Und da, wo es zumindest eine kleine Chance gab, haben sie sie genutzt«.

Erschienen am 08.09.2019 auf <https://www.facebook.com/dgudkov/posts/3008478135860273>.

Das Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://www.dekoder.org/de/article/debattenschau-regionalwahl-moskau-ergebnisse>. Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

CHRONIK

1. Juli – 13. September 2019

01.07.2019	Das Choroschewskij Bezirksgericht in Moskau verurteilt den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj zu zehn Tagen Haft wegen der Teilnahme an der nicht genehmigten Protestaktion zur Unterstützung des Anfang Juni kurzzeitig inhaftierten Journalisten Iwan Golunow am 12.06.2019. Nawalnyj wird der wiederholte Verstoß gegen Artikel 20.2 des Strafgesetzbuches zur Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen vorgeworfen.
02.07.2019	Das Katastrophenschutzministerium in der Region Irkutsk meldet 18 Tote und 191 Verletzte. Aufgrund von Überschwemmungen, ausgelöst durch starke Regenfälle, wurde dort am 27.06.2019 der Notstand ausgerufen. Insgesamt sind 96 Siedlungen und etwa 33.000 Menschen betroffen. Es handelt sich dabei um die schwerste Sommerflut in der Region seit mehr als 100 Jahren. 13 Menschen werden noch vermisst.
02.07.2019	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zu Zahlung von Schmerzensgeldern in Höhe von insgesamt 75.000 Euro sowie zur Zahlung von Prozesskosten in Höhe von 22.000 Euro. Beschwerde geführt hatte eine Gruppe von Menschenrechtsaktivisten um Lew Ponomarjow, Michail Kriger und Michail Schneider. Im Mittelpunkt standen Beschwerden über Verletzungen der Bürgerrechte bei Protesten in Moskau, Nishnij Nowgorod und Kaliningrad in den Jahren 2006, 2007 und 2010. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gab der Beschwerde statt.
02.07.2019	Das russische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass bei einem Brand auf einem Atom-U-Boot der Nordmeerflotte in Seweromorsk 14 Personen ums Leben gekommen sind. Unter den Toten seien sieben Kapitäne ersten Ranges. Über das U-Boot selbst ist nur wenig bekannt, es unterliegt strengster Geheimhaltung. Offizielle Quellen sprechen von einem »Forschungsschiff«.
03.07.2019	Die Zahl der Todesopfer durch die Flutkatastrophe in der Region Irkutsk erhöht sich auf 20. Unter den Toten sei auch ein Kind, teilt das Katastrophenschutzministerium der Region mit. Acht Personen gelten noch als vermisst. Nach vorläufigen Angaben der Behörden beläuft sich der Sachschaden auf etwa 29 Milliarden Rubel (etwa 400 Millionen Euro).
04.07.2019	Der Aktienwert des russischen Energiekonzerns »Gasprom« steigt auf ein Rekordhoch seit August 2008 und erhöht sich bei Handelsbeginn auf über 6 Billionen Rubel (etwa 83 Milliarden Euro).
04.07.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft sich im Vatikan mit Papst Franziskus. Das Treffen wird erstmals live im Fernsehen übertragen.
08.07.2019	Meteorologen geben für die Region Irkutsk Entwarnung. In den nächsten Wochen würden keine starken Regenfälle mehr erwartet. Bei Überflutungen aufgrund starker Regenfälle waren in der Region Ende Juni 23 Menschen ums Leben gekommen.
11.07.2019	Die Moskauer Wahlkommission verweigert Irina Sobjanina, Ex-Frau des Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin, die Registrierung als Kandidatin für die im September stattfindende Wahl zur städtischen Duma. Bisher wurden 292 von 426 nominierten Kandidaten registriert.
11.07.2019	Pawel Karanda wird neuer Innenminister der Autonomen Republik Krim. Er ist der Nachfolger von Oleg Torubarow, der den Posten seit August 2018 innehatte und nun in den Ruhestand geht.
11.07.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin führt ein Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Es ist das erste Gespräch der beiden Präsidenten seit der Wahl Selenskyjs im April 2019. Nach Angaben von Putins Sprecher Dmitrij Peskow sprachen Putin und Selenskyj unter anderem über die Situation im Donbass sowie den Austausch von Gefangenen.
14.07.2019	In Moskau kommt es zu Protesten zur Unterstützung der für die Wahl der Moskauer Stadtduma im September nominierten Oppositionskandidaten Ljubow Sobol, Ilja Jaschin und Dmitrij Gudkow. Aufgrund angeblicher Unregelmäßigkeiten in den für eine Aufstellung notwendigen Unterschriftenlisten der Unterstützer droht ihnen die Nichtzulassung zur Wahl. Nach offiziellen Angaben nehmen etwa 1.000 Personen an der nicht genehmigten Demonstration teil. Etwa 25 Menschen werden festgenommen.
15.07.2019	Die Moskauer Wahlkommission verweigert dem Oppositionspolitiker Ilja Jaschin die Zulassung zur Wahl der Moskauer Stadtduma am sogenannten »Einheitlichen Wahltag« am 8. September 2019. Die Wahlkommission begründet die Nichtzulassung damit, dass die erlaubten 10 % Ausschuss an Unterstützer-Unterschriften überschritten worden seien. Jaschin gehört der »Vereinigten Demokratischen Bewegung Solidarnost« an, die bei den Kommunalwahlen im Jahr 2017 7 von 10 Sitzen im Moskauer Bezirk Krasnoselskij holte. Bisher wurde neun Kandidaten die Zulassung zur Wahl am 8. September verweigert.

16.07.2019	Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Christian Kern tritt in den Vorstand der Russischen Eisenbahngesellschaft ein. Kern war von Mai 2016 bis Dezember 2017 österreichischer Bundeskanzler und in der Vergangenheit außerdem Vorsitzender der österreichischen Bundesbahnen. Neben ihm wechselt der ehemalige russische Katastrophenschutzminister aus dem Vorstand von OAK (eines Luftfahrtkonsortiums, bestehend aus den fünf größten russischen Flugzeugherstellern) ebenfalls zur Eisenbahngesellschaft. Der Vorstand der Gesellschaft wird damit um einen Sitz auf 14 Personen erweitert.
17.07.2019	Die Oppositionspartei »Jabloko« reicht Beschwerde bei der Moskauer Wahlkommission wegen der Nichtzulassung ihrer Kandidaten für die Wahl zur Moskauer Stadtduma in verschiedenen Wahlbezirken ein. Betroffen sind Andrej Babuschkin, Sergej Mitrochin, Kirill Gontscharow, Jelena Russakowa und Anastasija Brjuchowa. »Jabloko« weist auf Fehler bei der Prüfung der eingereichten Unterstützer-Unterschriften hin und bittet um erneute Überprüfung.
17.07.2019	Nach Auslaufen der Frist zur Abgabe der notwendigen Unterstützer-Unterschriften gibt die Moskauer Wahlkommission bekannt, dass insgesamt 57 Personen nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma am sogenannten Einheitlichen Wahltag am 8. September zugelassen wurden. 233 Personen wurden als Kandidaten registriert, davon 69 parteiunabhängige.
19.07.2019	Die Rechtsanwältin und Oppositionspolitikerin Ljubow Sobol reicht Beschwerde bei der Moskauer Wahlkommission ein. Ihrem Antrag auf Zulassung zur Wahl der Moskauer Stadtduma am 8. September 2019 war nicht stattgegeben worden. Die Wahlkommission hatte die Entscheidung mit der fehlenden Anzahl an Unterstützer-Unterschriften begründet. Sobol bittet um erneute Prüfung, da die Prüfung der Wahlkommission fehlerhaft gewesen sei.
20.07.2019	In Moskau protestieren mehrere tausend Menschen gegen die Nicht-Zulassung von rund 20 Kandidaten der Opposition zur Wahl der Moskauer Stadtduma am 8. September 2019. Bereits seit Beginn der Woche finden täglich Protestaktionen im Zentrum Moskaus statt. Offiziellen Angaben zufolge nahmen etwa 12.000 Menschen an der Kundgebung teil, die Nichtregierungsorganisation »Belyj Schtschotschik« (dt. »Weißer Zähler«) spricht sogar von 22.500 Teilnehmern.
22.07.2019	Die Regierung von Südkorea meldet die Verletzung des südkoreanischen Luftraums durch ein russisches Militärflugzeug. Das Flugzeug sei zweimal für mehrere Minuten in den südkoreanischen Luftraum über dem Japanischen Meer eingedrungen. Die Luftwaffe von Südkorea habe 360 Warnschüsse abgegeben. Das russische Außenministerium bestreitet den Vorfall. Es sei ein geplanter Flug zweier russischer Kampfflugzeuge über neutralen Gewässern durchgeführt worden.
23.07.2019	Das russische Außenministerium drückt sein Bedauern über die Verletzung des südkoreanischen Luftraums am 22. Juli 2019 aus. Es erklärt den Vorfall mit einem technischen Fehler und forderte vom südkoreanischen Verteidigungsministerium genauere Angaben.
24.07.2019	In Sankt Petersburg protestieren nach offiziellen Angaben etwa 2.200 Menschen gegen Verstöße bei den Gouverneurs- und Kommunalwahlen. Sie fordern faire und freie Wahlen sowie eine Bestrafung der Mitglieder der städtischen Wahlkommission, die gegen das Wahlgesetz verstoßen und die Wahlen manipuliert haben sollen.
24.07.2019	Der Sprecher der »Partija Peremen« (dt. »Partei der Veränderungen«) gibt bekannt, dass bei dem Oppositionspolitiker Dmitrij Gudkow eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat. Zuvor hatte das Moskauer Ermittlungskomitee ein Strafverfahren wegen Behinderung der Arbeit von Wahlkommissionen eingeleitet. Es ermittelt gegen Organisatoren und Teilnehmer der Proteste für freie und faire Wahlen, die seit zwei Wochen in Moskau stattfinden.
24.07.2019	Das Simonowskij Bezirksgericht in Moskau verurteilt den Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj wegen des Aufrufs zur Teilnahme an einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung zu 30 Tagen Verwaltungshaft. Nawalnyj hatte bei einer Kundgebung am 20. Juli 2019 die Teilnehmer dazu aufgerufen, an der bisher nicht genehmigten, für den 27. Juli 2019 geplanten, Kundgebung teilzunehmen. In Moskau finden seit etwa zwei Wochen regelmäßig Proteste gegen die Nicht-Zulassung oppositioneller Kandidaten zur Wahl der Moskauer Stadtduma im September statt.
24.07.2019	Die Pressesprecherin des Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj gibt bekannt, dass bei Iwan Schdanow, dem Direktor des von Nawalnyj gegründeten »Fonds zur Korruptionsbekämpfung«, eine Hausdurchsuchung stattgefunden habe.
25.07.2019	Der Pressesprecher des Oppositionspolitikers Dmitrij Gudkow, Aleksej Obuchow, gibt bekannt, dass auch bei Aleksandr Solowjow, Mitglied der »Partija Peremen« (dt. »Partei der Veränderungen«) eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat. Mehrere unabhängige Kandidaten für die Regionalwahl in Moskau am 8. September 2019 wurden außerdem zur Befragung durch das russische Ermittlungskomitee vorgeladen. Dieses ermittelt wegen der Behinderung der Arbeit der Wahlkommission im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Nichtzulassung unabhängiger Kandidaten zur Wahl der städtischen Duma.
26.07.2019	Das russische Ermittlungskomitee leitet ein Strafverfahren wegen Machtmissbrauchs gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten des Gebietes Astrachan, Rasul Sultanow, sowie den amtierenden Finanzminister, Witalij Schwedow ein. Ihnen wird vorgeworfen, ihre offiziellen Befugnisse genutzt zu haben, um nicht notwendige Kredite in Höhe von insgesamt 6 Milliarden Rubel (etwa 85.000 Euro) aufzunehmen. Dies habe zu einer wirtschaftlichen Schlechterstellung der Oblast geführt.

26.07.2019	Das Internationale Olympische Komitee erteilt den russischen Leichtathleten offiziell die Erlaubnis, bei den Olympischen Sommerspielen 2020 in Tokio unter russischer Flagge zu starten. Bei den Winterspielen 2018 waren die Athleten wegen diverser Dopingvergehen unter neutraler Flagge gestartet.
27.07.2019	Das russische Ermittlungskomitee führt bei mehreren Moskauer Oppositionspolitikern Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen Behinderung der Arbeit der Wahlkommission durch. Durchsucht werden unter anderem die Wohnung von Ilja Jaschin, Mitglied der »Vereinigten demokratischen Bewegung Solidarnost« und Julija Galjamina, Kandidatin zur Wahl der Moskauer Stadtduma der Oppositionspartei »Jabloko«. Galjamina und Jaschin werden im Anschluss an die Hausdurchsuchungen verhaftet.
27.07.2019	Im Zentrum von Moskau findet eine nicht genehmigte Protestaktion gegen die Nichtzulassung unabhängiger Kandidaten zur Wahl der Moskauer Stadtduma im September statt. Offiziellen Angaben zufolge nehmen etwa 3.500 Menschen an den Protesten teil. Die Polizei berichtet von mehr als 1.000 Festnahmen, Menschenrechtsorganisationen sprechen von etwa 1.300 Verhafteten. Unter den auf der Demonstration Verhafteten ist unter anderem die unabhängige Kandidatin Ljubow Sobol, die ebenfalls nicht zur Wahl zugelassen worden war. Sie wird zu einer Geldstrafe von 30.000 Rubel (etwa 410 Euro) wegen der Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung verurteilt.
27.07.2019	Im Rahmen der Ermittlungen im Strafverfahren wegen der Behinderung der Arbeit der Wahlkommission werden die Räumlichkeiten des unabhängigen TV-Senders »Doshd« durchsucht. Aleksandra Perepelowa, Chefredakteurin des Senders, erhält eine Vorladung als Zeugin.
28.07.2019	Der Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj, der zurzeit eine 30-tägige Verwaltungshaftstrafe wegen Aufrufs zur Teilnahme an einer nicht-genehmigten Veranstaltung absitzt, wird mit Schwellungen im Gesicht ins Krankenhaus eingeliefert. Die Behörden sprechen von einer allergischen Reaktion. Nawalnyjs Umfeld vermutet einen Giftanschlag, da er noch nie Allergien gehabt habe.
28.07.2019	Der bei den Waldbränden in Sibirien entstehende Smog erreicht Kasachstan. Kasachische Meteorologen berichten von einer Überschreitung der maximal zulässigen Konzentration an Schadstoffen in der Luft in einigen Regionen des Landes. Die Waldbrände in Sibirien breiten sich seit dem 26. Juli 2019 aus, zurzeit brennt eine Fläche von etwa einer Million Hektar.
29.07.2019	In sechs Gebieten der Oblast Irkutsk werden nach erneuten Überflutungen mehr als 1.000 Menschen evakuiert. Außerdem wurde eine wichtige Fernstraße für den Verkehr gesperrt.
29.07.2019	Nach Angaben der russischen Forstbehörde Rosleschos gibt es in der Region Irkutsk zurzeit 137 Waldbrände auf einer Fläche von insgesamt 617.000 Hektar. In der Region Krasnojarsk gibt es zurzeit 94 Waldbrände auf einer Fläche von insgesamt 986.000 Hektar und in der Republik Sacha (Jakutien) brennt eine Waldfläche von insgesamt 1.168.949 Hektar. In der Republik Burjatien werden zurzeit sechs Brände gelöscht. Aufgrund der hohen Kosten für die Löschung der Brände entschieden die lokalen Behörden, sechs Brände nicht zu löschen.
29.07.2019	Das Schtscherbinskij Bezirksgericht in Moskau verurteilt den Oppositionspolitiker Ilja Jaschin zu einer Verwaltungshaftstrafe von zehn Tagen für die Organisation einer nicht genehmigten Veranstaltung am 27. Juli 2019. Jaschin hatte gemeinsam mit anderen nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma zugelassenen Kandidaten zu einer Protestaktion im Zentrum von Moskau aufgerufen, die von den Behörden nicht genehmigt worden war.
30.07.2019	Dmitrij Gudkow, Vorsitzender der »Partija Peremen« (dt. »Partei der Veränderungen«) und einer der nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma im September zugelassenen Kandidaten, wird zu einer Verwaltungshaftstrafe von 30 Tagen verurteilt. Das Twerskoj Bezirksgericht in Moskau verurteilt Gudkow wegen wiederholter Verstöße bei der Organisation und Durchführung von Massenveranstaltungen.
31.07.2019	Die Waldbrände in Sibirien breiten sich aus. Mittlerweile brennt es auf einer Fläche von etwa 3 Millionen Hektar. Auf einer Fläche von etwa 107.000 Hektar werden zurzeit insgesamt 147 Brände gelöscht, etwa 300 Brände bleiben derzeit ungelöscht, da sie sich in schwer zugänglichen Gebieten befinden.
01.08.2019	Zur Unterstützung der Löscharbeiten werden militärische Transportflugzeuge in die Region Krasnojarsk entsendet. In den Regionen Krasnojarsk, Irkutsk und in Teilen in den Republiken Burjatien und Jakutien gilt der Ausnahmezustand.
02.08.2019	Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen 1038 Personen wegen der Teilnahme an der nicht genehmigten Protestaktion im Zentrum Moskaus am 27. Juli 2019 wurden bisher insgesamt 332 Personen schuldig gesprochen, 88 von ihnen erhielten Verwaltungshaftstrafen von bis zu 30 Tagen.
03.08.2019	Das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation leitet ein Strafverfahren gegen der von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Stiftung zur Korruptionsbekämpfung« (»Fond borby s korrupziej«) ein. Der NGO wird Geldwäsche vorgeworfen.
03.08.2019	Im Zentrum St. Petersburgs findet eine Kundgebung zur Unterstützung der nicht zur Regionalwahl in Moskau am 8. September 2019 zugelassenen Oppositionskandidaten statt. Nach offiziellen Angaben nehmen an der Aktion etwa 1.000 Menschen teil.

03.08.2019	Im Zentrum Moskaus findet eine nicht genehmigte Protestaktion zur Unterstützung der nicht zur Regionalwahl in Moskau am 8. September 2019 zugelassenen Oppositionskandidaten statt. Nach offiziellen Angaben nehmen daran etwa 1.500 Personen teil, es gibt etwa 600 Festnahmen.
03.08.2019	Ljubow Sobol, Oppositionspolitikerin und eine der nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma am 8. September zugelassenen Kandidatinnen, wird vom Schtscherbinskij-Bezirksgericht in Moskau zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (etwa 4.000 Euro) verurteilt. Das Gericht befindet sie des wiederholten Verstoßes gegen das Verfahren zur Abhaltung einer Kundgebung für schuldig.
07.08.2019	In einem Telefongespräch erörtern der russische Präsident Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Wolodymyr Selenskyj die Situation im Osten der Ukraine seit Beginn des vereinbarten Waffenstillstands am 21. Juli 2019. Putins Sprecher Dmitrij Peskow gab anschließend bekannt, der russische Präsident habe betont, dass für eine Deeskalation des Konflikts im Donbass eine Beendigung des Bombardements durch die ukrainische Seite notwendig sei. Diese Bombardierungen hätten zu Verlusten unter der Zivilbevölkerung geführt. Selenskyj dagegen bat Putin auf die Kämpfer im Donbass einzuwirken, den Beschuss der ukrainischen Seite einzustellen. Seit dem 21. Juli seien sechs ukrainische Soldaten getötet, neun verwundet worden. Dies war das zweite Telefongespräch der beiden Präsidenten seit Amtsantritt Selenskyjs.
08.08.2019	Im Rahmen der Ermittlungen gegen die von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Stiftung zur Korruptionsbekämpfung« (»Fond Borby s Korrupzijej«) werden sowohl die Konten des Fonds als auch die der Mitarbeiter des Fonds gesperrt.
08.08.2019	Das Chamownitscheskij Bezirksgericht in Moskau verurteilt den Oppositionspolitiker Ilja Jaschin zu einer Verwaltungshaftstrafe von zehn Tagen. Jaschin hatte zur Teilnahme an der nicht genehmigten Protestveranstaltung zur Unterstützung der nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma zugelassenen Kandidaten am 14. Juli 2019 aufgerufen. Jaschin war bereits am 29. Juli 2019 zu einer zehntägigen Haftstrafe verurteilt worden. Seine Haft verlängert sich damit um weitere zehn Tage.
10.08.2019	Die »Föderale Agentur für Atomenergie Russlands« (kurz: Rosatom) gibt bekannt, dass bei einem atomaren Zwischenfall am 8. August 2019 auf einem Militärstützpunkt in der Region Archangelsk fünf Rosatom-Mitarbeiter getötet und drei weitere verletzt wurden. Laut Rosatom ereignete sich der Zwischenfall bei Arbeiten an einem Flüssigantriebssystem einer Rakete. Die Verwaltung der Stadt Sewerodwinsk berichtete von einer kurzzeitigen Erhöhung der radioaktiven Strahlung auf bis zu zwei Mikrosievert/Stunde.
10.08.2019	Im Zentrum Moskaus nehmen nach offiziellen Angaben rund 20.000 Menschen an einer Protestveranstaltung zur Unterstützung nicht zugelassener Kandidaten zur Wahl der Moskauer Stadtduma im September teil. Die NGO »OWD-Info« berichtet demgegenüber sogar von 60.000 Teilnehmern.
12.08.2019	Ljubow Sobol, Oppositionspolitikerin und eine der nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma am 8. September zugelassenen Kandidatinnen, wird vom Troizkij-Bezirksgericht in Moskau erneut zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (etwa 4.000 Euro) verurteilt. Das Gericht befindet sie des wiederholten Verstoßes gegen das Verfahren zur Abhaltung einer Kundgebung für schuldig. Sie soll zur Teilnahme einer nicht-genehmigten Kundgebung am 3. August aufgerufen haben.
13.08.2019	Das Moskauer Stadtgericht gibt der Beschwerde des Oppositionspolitikers Sergej Mitrochin statt und ordnet an, ihn als Kandidaten zur Wahl der Moskauer Stadtduma zuzulassen. Die Wahlkommission hatte dem Kandidaten der Oppositionspartei »Jabloko« die Zulassung mit der Begründung verweigert, zu viele der zur Zulassung notwendigen Unterstützerunterschriften seien ungültig gewesen. Daraufhin hatte Mitrochin Beschwerde eingereicht.
14.08.2019	Das Gesundheitsministerium der Region Krasnojarsk gibt bekannt, dass bei einer Reihe von Explosionen in einem Munitionsdepot im Bezirk Achinsk insgesamt 40 Menschen verletzt und ein Mensch getötet wurde. Die Explosionen ereigneten sich in einem Zeitraum von fünf Tagen seit dem 5. August.
15.08.2019	Am Moskauer Flughafen Shukowskij muss eine Maschine des Typs A321 notlanden, nachdem ein Schwarm Möwen während des Starts in die Triebwerke geraten war. Nach Angaben der Behörden wurden 23 Menschen leicht verletzt. Das Umweltministerium räumt ein, dass die Vögel womöglich von einer nahegelegenen, nicht genehmigten Müllhalde angelockt worden sein könnten, deren Räumung bereits in Auftrag gegeben worden, jedoch nicht erfolgt sei.
17.08.2019	Im Zentrum Moskaus nehmen nach offiziellen Angaben etwa 4.000 Menschen an einer Kundgebung der »Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« (KPRF) teil. Die Demonstration steht unter dem Motto »Für faire Wahlen«. Zeitgleich finden eine Reihe von Einzelprotesten zur Unterstützung der nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma am 8. September zugelassenen Kandidaten statt. Einzelproteste müssen laut geltendem Recht in Russland nicht vorher angemeldet werden.

19.08.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft sich zu Gesprächen mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron an der Côte d'Azur. Im Zusammenhang mit diesem Treffen betonte Putin, er werde nicht zulassen, dass es in Moskau weiterhin zu solcherlei Protesten komme, die den Protesten der sogenannten »gelben Westen« in Frankreich im Winter vergangenen Jahres ähnelten. Dieser Ansicht widersprach Macron. Er halte einen Vergleich der derzeitigen Proteste in Moskau mit den Protesten der Gelbwesten für falsch.
20.08.2019	Der Oppositionspolitiker Ilja Jaschin wird vom Troizkij-Bezirksgericht in Moskau zu einer Verwaltungshaftstrafe von zehn Tagen verurteilt. Das Gericht befindet ihn der Teilnahme an einer nicht genehmigten Protestaktion im Zentrum Moskaus am 17. Juli für schuldig. Dies ist bereits die vierte Verwaltungshaft in Folge für Jaschin. Er war am 29. Juli zum ersten Mal verurteilt worden, und nach Ablauf seiner Haftstrafe zu weiteren zehn Tagen Haft. Als er am 18. August das Gefängnis verließ, wurde er erneut von der Polizei festgehalten.
22.08.2019	In der Region Irkutsk wird der am 11. Juli wegen schwerer Waldbrände ausgerufene Notstand aufgehoben. Nach Einsetzen von Regenfällen hat sich die Lage entspannt. In der Region brennen zurzeit noch etwa 1.500 Hektar Waldfläche, nachdem Anfang August die betroffenen Flächen insgesamt mehr als 700.000 Hektar Wald mit 150 Brandherde umfasst hatten.
23.08.2019	Der Vorsitzende der Oppositionspartei »Partija Peremen« (dt. »Partei der Veränderungen«), Dmitrij Gudkow, wird vom Koptewskij Bezirksgericht in Moskau zu einer Verwaltungshaftstrafe von zehn Tagen wegen der Organisation einer nicht genehmigten Demonstration am 27. Juli 2019 verurteilt. Gudkow hatte zur Teilnahme an einer Protestaktion zur Unterstützung der nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma zugelassenen Kandidaten aufgerufen. Er sitzt zur Zeit bereits eine 30-tägige Haftstrafe ab, zu der ihn das Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau am 30. Juli wegen wiederholter Verstöße gegen das Versammlungsrecht verurteilt hatte.
24.08.2019	Mehr als 110.000 Menschen feiern nach offiziellen Angaben den »350. Jahrestag der russischen Staatsflagge« auf dem Sacharow-Prospekt im Zentrum Moskaus.
27.08.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdoğan besuchen gemeinsam die Luftfahrtausstellung MAKS-2019 in Shukowskij. Die Türkei erwägt den Kauf russischer Su-35 und Su-57 Kampfflugzeuge, nachdem sie von den USA wegen des Kaufs von Raketenabwehrsystemen von Russland aus dem F-35-Jagdbomberprogramm ausgeschlossen wurde. Am Rande des Besuchs teilt Putin mit, die beiden Länder verhandelten weiter über die Liberalisierung der Visaregelungen. Bereits seit Anfang August ist die Überquerung der Grenze für Inhaber von Dienst- und Sonderpässen sowie für Berufskraftfahrer ohne Visum möglich. Die Ausweitung dieser Regelung wird angestrebt.
28.08.2019	Der Oppositionspolitiker Ilja Jaschin wird beim Verlassen der Haftanstalt nach Ablauf seiner vierten Verwaltungshaftstrafe in Folge erneut festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Protestaktion am 3. August aufgerufen zu haben.
29.08.2019	Russland gibt bekannt, dass es seine Schulden gegenüber dem Haushalt des Europarats für die Jahre 2017 und 2018 nachzahlen wird. Es handelt sich dabei um Zahlungen in Höhe von mehr als 54,5 Millionen Euro. Im April hatte der Europarat eine Resolution verabschiedet, mit der Russland das 2014 aufgrund der Annexion der Krim entzogene Stimmrecht wieder zuerkannt wurde. Russland hatte zuvor seine Bereitschaft angekündigt, die im Jahr 2017 ausgesetzten Beitragszahlungen in voller Höhe zu erstatten, sollte es in den Rat zurückkehren dürfen.
29.08.2019	Das Twerskoj Bezirksgericht in Moskau verurteilt den Oppositionspolitiker Ilja Jaschin wegen des Aufrufs zu einer nicht genehmigten Protestaktion am 3. August zu einer Verwaltungshaftstrafe von zehn Tagen. Dies ist bereits die fünfte Verwaltungshaftstrafe in Folge für Jaschin, der sich seit dem 29. Juli in Haft befindet. Er war beim Verlassen der Haftanstalt am 28. August erneut verhaftet worden.
31.08.2019	Im Zentrum Moskaus beteiligen sich etwa 750 Menschen an einem von der nicht zur Wahl der Moskauer Stadtduma am 8. September zugelassenen Oppositionspolitikerin Ljubow Sobol und dem Gründer der Oppositionspartei »Jabloko«, Grigorij Jawlinskij, organisierten Marsch »gegen politische Repressionen«.
02.09.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin besucht zum Schuljahresbeginn in Russland zwei Schulen in der von den Überschwemmungen Anfang Juli betroffenen Stadt Tulun in der Region Irkutsk. Nach offiziellen Angaben wurden bisher 15 von 18 zerstörten Schulen in der Region wieder aufgebaut.
03.09.2019	Der Twerskoj Bezirksgericht in Moskau verurteilt Iwan Podkopajew zu drei Jahren Haft wegen des Angriffs auf ein Mitglied der russischen Nationalgarde während einer nicht genehmigten Protestaktion am 27. Juli. Podkopajew ist einer der zehn Angeklagten in einem Strafverfahren wegen Massenunruhen, das das Ermittlungskomitee nach den Protesten am 27. Juli eingeleitet hatte.
03.09.2019	Das Troizkij Bezirksgericht in Moskau verurteilt die Oppositionspolitikerin Ljubow Sobol zu einer Geldstrafe in Höhe von 300.000 Rubel (etwa 4.200 Euro) wegen des wiederholten Verstoßes gegen das Verfahren zur Abhaltung einer Kundgebung. Sie hatte, gemeinsam mit dem Gründer der Oppositionspartei »Jabloko«, am 31. August im Zentrum von Moskau eine nicht genehmigten Protestkundgebung abgehalten.

07.09.2019	Zwischen Russland und der Ukraine findet ein Gefangenenaustausch statt. Der russische Präsident Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Wolodymyr Selenskyj hatten auf Initiative Selenskyjs seit Ende Juli über einen möglichen Austausch verhandelt. Russland entlässt unter anderem die nach dem Zwischenfall in der Straße von Kertsch im November 2018 inhaftierten 22 ukrainischen Seeleute sowie den seit mehr als fünf Jahren inhaftierten Regisseur Oleg Senzow, der im Sommer 2018 mit einem mehr als drei Monate währenden Hungerstreik die Freilassung aller ukrainischen politischen Gefangenen in Russland gefordert hatte. Auf ukrainischer Seite wird unter anderem Wladimir Zemach, eine der Schlüsselfiguren im Fall des Absturzes des Flugs MH17 über dem Donbass im Juli 2014, freigelassen. Der Austausch wird international als großer Erfolg gewertet.
08.09.2019	In Russland findet der sogenannte »Einheitliche Wahltag« statt. In allen 83 Föderationssubjekten finden Wahlen, unter anderem 16 Gouverneurswahlen und elf Wahlen zum Regionalparlament, statt. An der Wahl zur Moskauer Stadtduma beteiligen sich rund 22 Prozent aller Wahlberechtigten. 20 der insgesamt 45 Sitze erringen Kandidaten von Oppositionsparteien. Der Wahl zur Moskauer Stadtduma waren wochenlange Proteste vorausgegangen.
11.09.2019	Die Regierung der Region Irkutsk gibt bekannt, dass auf einer Fläche von 35 Hektar der letzte Waldbrand gelöscht wurde. Derzeit sind keine weiteren Brandherde bekannt.
11.09.2019	Konstantin Malofejew, russischer Oligarch und Gründer des konservativen Fernsehsenders »Zargrad«, kündigt seinen Rückzug aus der Oppositionspartei »Sprawodliwaja Rossija« (dt. »Gerechtes Russland«) an. Seine geschäftlichen Interessen seien nicht mit den Interessen der Partei vereinbar, begründet er seinen Schritt.
12.09.2019	Der Sprecher des Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, Leonid Wolkow, gibt bekannt, dass in mindestens 39 Städten und mehr als 150 Adressen Büro-, Haus- und Wohnungsdurchsuchungen bei Unterstützern Nawalnyjs durchgeführt worden seien. Das Ermittlungskomitee habe diese Durchsuchungen mit dem Verdacht auf Geldwäsche begründet.
12.09.2019	Der Europarat verlängert die aufgrund der Annexion der Krim im Jahr 2014 verhängten Sanktionen gegen beteiligte Personen und Organisationen um ein halbes Jahr. Die Sanktionen umfassen unter anderem das Einfrieren der Vermögenswerte in der EU sowie Reisebeschränkungen. Sie gelten nun weiterhin bis zum 20. März 2020.
13.09.2019	In der Region Krasnojarsk wird der seit dem 2. Juli 2019 wegen schwerer Waldbrände ausgerufene Notstand aufgehoben. Die Situation habe sich stabilisiert, gibt das Katastrophenschutzministerium der Region bekannt.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/>